

wachsenden Radikalisierung der werktätigen Massen. Sie vermögen durch keinen Ihrer Professoren — und wenn Sie ihn auch von der Sozialdemokratie ausleihen — den Arbeitern die Perspektive einer fortgesetzten wirtschaftlichen Verbesserung zu zeigen. Sie müssen zugeben, daß deren Lage sich fortgesetzt verschlechtert, und der Ausweg, eine Erleichterung, nicht vom Kapitalismus kommen kann. Das ist natürlich. Es ist nicht vom guten oder schlechten Willen der bürgerlichen Parteien und der Kapitalisten abhängig, ob es den Arbeitern schlecht geht oder nicht. Es ist das Zwangsgesetz des hochentwickelten Kapitalismus, daß er alles vernichten muß, was nicht allein der Entwicklung des Monopolkapitalismus dient. Deshalb ist es müßig, darüber zu streiten und — wie es die Sozialdemokraten tun — sich moralisch zu entrüsten über die Maßnahmen der Kapitalisten. Das kapitalistische Entwicklungsgesetz zeigt, daß es, wenn es nicht unterbrochen wird, die werktätigen Massen in die Barbarei zurückwirft. Das Proletariat wird zugrunde gerichtet, wenn es nicht zu der Erkenntnis kommt, zu der die Kommunisten es bringen wollen, daß es von seinem eigenen Willen abhängt, ob der Kapitalismus auch nur noch eine Stunde lebt. Denn es ist klar, daß die ganzen Herrschaftsinstitutionen des Kapitalismus von dem Ministerpräsidenten Braun bis hinunter zu einem sozialdemokratischen Landrat und Bürgermeister, daß Kirche, Schule, Reichswehr, Polizei, diese ganzen Herrschaftsinstrumente, nur durch den mangelnden Kampfwillen des Proletariats möglich sind und dem Kapitalismus aus der Hand geschlagen werden können, wenn sich das Proletariat seiner Macht und seiner Bedeutung bewußt wird. Seine Zahl überwiegt die der besitzenden Klassen so ungeheuer, daß das Proletariat, bildlich genommen, nur die Hand zusammenzudrücken braucht, um jene zu zerquetschen. Die wirtschaftliche Bedeutung, die das Proletariat bei der Erhaltung der ganzen Gesellschaft hat, ermöglicht es ihm ohne weiteres, die Kapitalisten vollkommen auszuschalten. Wer schafft denn die Werte? Etwa die Aktionäre, die ihr Geld hergeben, die keine Ahnung von dem Produktionsprozeß haben, in den sie ihr Geld hineinstecken? Werden die Werte nicht vielmehr geschaffen durch die Arbeitenden, die Geistes- und Handarbeiter, die werktätigen Massen bis zum schaffenden Ingenieur? Da es so ist, wäre

es nicht die Pflicht der Sozialdemokratie, gemeinsam mit den Kommunisten in den werktätigen Massen dieses Bewußtsein zu stärken und sie für den einzig möglichen Ausweg zu sammeln: den rücksichtslosen Klassenkampf bis zur Vernichtung der Bourgeoisie? Statt dessen benutzen die Sozialdemokraten ihre Ministerposten, ihre Staats- und Gemeindeposten, das Vertrauen der werktätigen Massen, um das Proletariat vom Klassenkampf abzuhalten und den Klassenkampf als eine erledigte Angelegenheit hinzustellen — nachdem sich die kapitalistischen Parteien bereit gefunden haben, gemeinsam mit den sozialdemokratischen Führern das Proletariat zu beherrschen.

Wir Kommunisten werden deshalb — ob man uns verfolgt und verleumdet, ob man die Klassenjustiz zur Unterdrückung unserer Propaganda anwendet, ob man die Polizei gegen Kommunisten bei Demonstrationen einsetzt, ob man den Roten Frontkämpferbund und die Partei verbieten will, ob man unsere Abgeordneten aus den Parlamenten hinauswirft, ob die Gewerkschaftsbürokraten unsere Genossen aus den Gewerkschaften hinauswerfen — die werktätigen Massen um die Fahne des revolutionären Klassenkampfes sammeln. („Sehr richtig!“ und Bravorufe bei den Kommunisten.)

Wir haben die Gewißheit für uns, daß diese Propaganda von den werktätigen Massen verstanden wird. Der Wahlerfolg der Kommunistischen Partei ist nicht von ungefähr in einer Zeit, die für diesen Stimmenzuwachs nicht günstig war! Als wir im Mai 1924 den großen Wahlerfolg hatten, da trösteten sich die Sozialdemokratie und das Bürgertum damit, das seien nur die Nachwirkungen der Inflation, davon hätten die Kommunisten ihren Vorteil gehabt. Wir haben jetzt eine Zeit der relativen Stabilisierung, einer Scheinkonjunktur, die durch die Propaganda der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratischen Partei die Hoffnung aufkommen läßt, als ginge es jetzt allmählich bergauf mit der Wirtschaft, und alles Elend sei überwunden. In der Zeit solcher trügerischen Hoffnungen hat die Kommunistische Partei ihren großen Wahlerfolg erzielt. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Aber nicht allein das Gesamtergebn darf man ins Auge fassen; das Entscheidende ist, wo die Kommunistische Partei ihren Wahlgewinn erzielte. Es waren die für die Revolution ent-

scheidenden Gebiete der deutschen Republik, wo wir den größten Zuwachs erzielt haben, Berlin allen anderen Bezirken voran. Wenn die Kommunistische Partei in Berlin die Stimmenzahl der SPD nahezu erreicht hat, wenn ihr Stimmenzuwachs 62,9 Prozent betrug gegenüber nur 16,8 Prozent bei der SPD, so ist das sicherlich keine Billigung dieser verderblichen Politik der Weimarer Koalition.

Gerade hier in Berlin, wo man die Herrschaftsinstrumente der Weimarer Koalition überall wirken sieht, hat das Proletariat gegen diese Regierung und gegen die Koalitionspolitik entschieden — in der gleichen Weise in einer Reihe großer, entscheidender Industriegebiete. Deshalb ist es eine Trivialität, wenn sich die Weimarer Koalition hier mit dem Gedanken abfindet, sie habe mit ein paar Mandaten die Mehrheit des gesamten Landtages und könne nun mit dieser Mehrheit ihre arbeiterfeindliche Politik fortsetzen. Wir werden dafür sorgen, daß der Zuwachs, den die Kommunistische Partei erzielt hat, noch gesteigert wird.

Unsere Forderungen nach höheren Löhnen, höheren Gehältern für die unteren Beamten, Sicherung des Streikrechts, Beseitigung des Schlichtungszwanges, Einführung des starren Achtstundentages — sieben Stunden für die Bergarbeiter —, das sind Forderungen, die von den werktätigen Massen verstanden werden. Aber sie wollen nicht nur sehen, daß man fordert, sondern sie wollen wissen, daß man dafür kämpft. Die Sozialdemokratie fordert auch; aber sie fordert, um die Arbeiter zu betrügen und nicht etwa, um für diese Forderungen zu kämpfen. Wir fordern die Erweiterung der Rechte der Betriebsräte, einen großzügigen Ausbau der Sozialpolitik, eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, Aufhebung der Agrar- und Industriezölle, die Beseitigung jener verruchten Lohnsteuer, die dem Arbeiter den Lohn unter den Fingern wegnimmt. Wir fordern Senkung der Mieten, Beseitigung der Hauszinssteuer, Massenbau billiger Arbeiterwohnungen, wir fordern reichspolitisch die Beseitigung jenes Schandparagraphen des Strafgesetzbuches, des § 218. Wir fordern die völlige Enteignung der Fürsten und die Streichung aller Generals- und Militärpensionen. Unter allen Forderungen möchte ich besonders die Forderung der sofortigen Freilassung unserer proletarischen Klassenkämpfer aus den Kerkern der deutschen Republik hervorheben.

Die Regierung, die noch auf diesem Platz sitzt, hat bei der Reichsregierung den Erlaß einer Reichsamnestie für das Reich und die Länder verhindert (Pfuirufe bei den Kommunisten.), weil die sogenannten Hoheitsrechte der Länder nicht beeinträchtigt werden sollten. Sie selbst aber hat nicht den Willen, unsere Klassengenossen durch eine Amnestie freizulassen. Man vertröstet mit den Gnadenakten, bei denen man einen Revolutionär mit dem Schandmal entläßt, daß er nur frei ist, wenn er sich bewährt. Das heißt, man erwartet von ihm, daß er zum Verräter an seiner Klasse werden soll. Das darf einen nicht wundern; wenn man als Sozialdemokrat selbst die Interessen der Arbeiter verrät, ist es nicht erstaunlich, daß man den Klassenkämpfern anheimstellt, auch ihre Grundsätze zu verraten.

Wir verlangen in unserem Antrage, daß der Landtag die Regierung beauftragt, sofort von der Reichsregierung diese Amnestie aller proletarischen politischen Gefangenen für das Reich und die Länder zu fordern. Wir sind aber dagegen, daß in denjenigen Fällen Freilassung erfolgt, in denen Arbeiter mit den Mitteln des kapitalistischen Klassenkampfes niedergeschlagen wurden; oder in denen Arbeiter, die sich in der Verwirrung über ihre Klassenzugehörigkeit zu Schandwerken am Proletariat bereit gefunden hatten, von ihren Kameraden abgeschlachtet wurden, wenn ihnen dies zum Bewußtsein kam. Das war bei den Fememorden der Fall. Wir lehnen die Freilassung der Fememörder ab. Wenn damals im Reichstage nur auf diesem Wege eine Freilassung der proletarischen Klassenkämpfer hätte herbeigeführt werden können, so stand uns dieses Ziel so hoch, daß wir auch das in Kauf genommen hätten. Aber die Freilassung der Fememörder ist nicht unsere Forderung.

Der Kampf der Kommunisten wird in der schärfsten Weise gegen jede Koalitionspolitik geführt werden: ob Weimarer oder Große Koalition — an dem Wesen der Regierungspolitik wird nichts geändert werden.

So reaktionär und arbeiterfeindlich diese Politik war, so reaktionär wird sie sein, wenn auch noch die schwerkapitalistische Volkspartei in die Regierung aufgenommen wird. Wir wissen doch aus alter Erfahrung und aus der Praxis der Sozialdemokratie, daß sie ihre arbeiterfeindlichen Maßnahmen nicht etwa ge-

mildert hat, wenn sie ohne die Volkspartei regiert hat. Deshalb wird sich auch mit Hineinnahme der Volkspartei in die Koalition an dieser Politik nichts ändern. Es ist eben nur der alte Massenbetrug, wenn man jetzt noch der Bildung der Großen Koalition aus dem Wege geht. Man erklärt aber ganz offen: Wenn die Volkspartei eine entsprechende Politik machen wird, wird man auch erwägen, mit ihr die Regierung zu erweitern. Vielleicht macht man das Angebot auch noch den Deutschnationalen. Denn ich habe hier offen ausgeführt: Diese Regierung der Weimarer Koalition hat doch die Politik der Deutschnationalen in der Reichsregierung unterstützt. Man soll also den Mut zur Konsequenz haben und die Massen nicht darüber täuschen, daß man nichts mehr mit dem Klassenkampf der Arbeiter gemein hat, sondern seine Aufgabe nur noch in der Verhinderung der proletarischen Revolution sieht.

Man mag noch soviel schreien, daß man über die Koalitionspolitik zum Sozialismus kommen wolle. Das können — ich sage es offen — nur Narren oder Betrüger tun; denn der Gedanke, daß etwa die Deutsche Volkspartei über die Koalitionspolitik den Sozialismus einführen wolle, ist zu blöd, als daß man ernsthaft gegen diesen Unsinn polemisieren müßte. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Aber die Sozialdemokratie hält die werktätigen Massen für so blöde, diesen Schwindel zu glauben. Gewiß, es wird Massen von Werktätigen geben, die sich von diesem Schwindel einfangen lassen. Aber wir versichern euch Sozialdemokraten: Wir werden noch stärker als bisher euch bei euren Betrugsmanövern in die Parade fahren; wir werden nicht dulden, daß ihr das Proletariat zu konservativen Gardisten für die Junker, die Pfaffen und das Trüstkaptal macht.

Wenn wir unseren Mißtrauensantrag hier zu Beginn dieser Tagung eingebracht haben, so nicht etwa lediglich um der Form willen, um unser Mißtrauen zum Ausdruck zu bringen, sondern deshalb, weil wir mit dem Mißtrauensantrag gegen diese Regierung gleichsam die Verpflichtung gegenüber der großen Masse des Proletariats in Preußen erfüllen: hier zum Ausdruck zu bringen, was sie nur mit ihrem Stimmzettel zum Ausdruck bringen konnten. Wir werden uns aber nicht mit diesem Stimmzettelerfolg begnügen. Wir werden den werktätigen Massen, die auf

diesem Wege zum ersten Male zu uns gestoßen sind — Zentrumsarbeiter, Arbeiter von den Rechtsparteien und Arbeiter von der Sozialdemokratie —, aufzeigen, daß es nicht genügt, nur mit dem Stimmzettel zu votieren, sondern daß man sich einreihen muß in die große revolutionäre Einheitsfront, in die Kommunistische Partei, in die Gewerkschaften, um dort dem Klassenkampfgeist wieder zum Siege zu verhelfen gegenüber der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie. Damit werden die Gewerkschaften befähigt, mit der erbärmlichen Streikabwürgung, dem Schlichtungszwang, tabula rasa zu machen und wieder — wie es in der Geburtszeit der Gewerkschaften war — alle Mittel zum rücksichtslosen Kampf gegen das Kapital einzusetzen. Das ist der Sinn unseres Mißtrauensantrages. Wenn die Deutschnationalen etwa in einer perversen Verirrung ihrer Gefühle für diesen Mißtrauensantrag stimmen sollten, so sagen wir: Schärfer noch als der Sozialdemokratie gilt unser Kampf den Rechtsparteien. (Bravorufe bei den Kommunisten.) Vernichtung des Kapitalismus, Vernichtung seiner Parteien in den Parlamenten, Organisation der proletarischen Revolution und Errichtung der proletarischen Diktatur!¹

„Sitzungsberichte des Preußischen Landtags, 3. Wahlperiode, 1. Tagung“, 1. Bd.

¹ Wilhelm Pieck war am 20. Mai 1928 in den Landtag wiedergewählt worden. Er verzichtete jedoch am 10. Juli auf sein Landtagsmandat, um im Reichstage, in den er gleichfalls gewählt worden war, tätig zu sein.
Die Red.

1. Mai 1929 — die Berliner Arbeiter greifen zum Selbstschutz!

Aus Reden im Reichstag

I

Zur Erweiterung der Tagesordnung 2. Mai 1929

Von der Berliner Polizei unter Führung ihres sozialdemokratischen Präsidenten ist gestern bei der traditionellen Maidemonstration des Berliner Proletariats ein ungeheures Verbrechen verübt worden. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Neun erschossene Arbeiter, weit über hundert Schwerverletzte, von denen sich viele in höchster Lebensgefahr befinden, und über tausend Verhaftete, die schwer mißhandelt wurden, sind die Opfer dieses Verbrechens der Polizei. Dabei hat die Polizei ihre Angriffe auf das Berliner Proletariat noch nicht einmal eingestellt. Demgegenüber steht aber die Tatsache fest, daß unter den Verbrechern nicht ein einziger Toter ist, was beweist, daß von der Polizei in frivoler, frevelhafter und verbrecherischer Weise an der Arbeiterschaft gehandelt worden ist, die friedlich demonstrierte. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten. — Zurufe rechts.) Es ist dringend erforderlich, daß der Reichstag sofort zu diesem Verbrechen Stellung nimmt. Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb, als ersten Punkt der heutigen Tagesordnung dieses Verbrechen der Polizei zu behandeln und als Grundlage dazu den am 22. April von der kommunistischen Fraktion gestellten Antrag auf Drucksache Nr. 957 zu nehmen, in dem von dieser Reichsregierung gefordert wird, daß sie das Demonstrationsverbot aufhebt.

Die kommunistische Fraktion hat wiederholt die Beratung dieses Antrages gefordert, zuletzt noch am vorigen Montag, zwei Tage vor dem 1. Mai. Diese Forderung wurde aber von allen anderen Parteien dieses Hauses einschließlich der Sozialdemokra-

tie abgelehnt. (Pfeifrufe bei den Kommunisten.) Die Beratung ist deshalb dringlich, weil das Demonstrationsverbot dieser verbrecherischen Polizei erneut Anlaß zum Einschreiten gegen die Arbeiterschaft gibt. Die Arbeiterschaft drängt darauf, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Sie tritt bereits in den Betrieben in den politischen Massenstreik und wird dem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten beweisen, welche Macht in der Arbeiterschaft ist, um auch diesen Mordkerl von seinem Platze zu verjagen. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Graef, den Redner unterbrechend: „Ich bitte Sie, sich etwas zu mäßigen, Herr Abgeordneter Pieck.“

Es ist dringend erforderlich, daß sofort in die Beratung eingetreten wird, um festzustellen, daß die Blutschuld an diesem Verbrechen bei diesem Polizeimenschen und bei der Sozialdemokratie liegt, die eine infame Mordhetze getrieben hat. Sie hat die Lüge verbreitet, daß die Kommunisten beschlossen hätten, 200 Tote am 1. Mai zu verursachen. Dem Kumpan, der diese Lüge in die Welt gesetzt hat, ist das Kainszeichen von der Natur auf die Stirn gepreßt worden. (Andauernder großer Lärm bei den Kommunisten. — Große Erregung bei den Sozialdemokraten. — Fortgesetzte laute Rufe bei den Kommunisten.)

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Graef, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Heckert, ich rufe Sie zur Ordnung! (Andauernder Lärm bei den Kommunisten.) Ich bitte Sie, sich kurz zu fassen, Herr Abgeordneter Pieck.“

Ich wiederhole: Diesem Lügner unter den deutschen Reichstagsabgeordneten hat die Natur das Kainszeichen ins Gesicht gezeichnet. Wir Kommunisten wissen, daß sich in diesem Hause solche Leute finden werden, die der Beratung widersprechen. Aber damit wird die Blutschuld nicht abgewaschen, die auf diesem Reichstage ebenso ruht wie auf seinen Sozialdemokraten. (Große Unruhe.)

(Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Graef, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, Ihre Redezeit ist abgelaufen.“

Ich wiederhole: Weil er das Demonstrationsverbot nicht aufgehoben hat, darum hat der Reichstag die Blutschuld ebenfalls auf sich geladen. Wir fordern deshalb, daß dieser unser Antrag sofort als erster Punkt beraten wird. Wir haben dazu noch eine Interpellation eingebracht, die die Schuldfrage einwandfrei feststellt: Hier ist das Verbrechen von der Polizei verübt worden! Wir fordern die Arbeiterschaft auf zum Massenstreik gegen dieses Blutregime.

Nieder mit diesem Blutregime! Es lebe die proletarische Diktatur!¹

II

3. Mai 1929

Wie bei jeder revolutionären Aktion des Proletariats, so hat auch jetzt eine Schlammlut von Lügen über die Maidemonstration der Berliner Arbeiterschaft bei allen bürgerlichen Zeitungen — voran beim „Vorwärts“ — eingesetzt, um die Polizeiverbrechen, die an der Arbeiterschaft begangen wurden, zu vertuschen. Um diese Lügenschlammlut zu begünstigen, hat der Polizeipräsident von Berlin ein Verbot der „Roten Fahne“ auf drei Wochen erlassen. Die kommunistische Fraktion stellt deshalb den Antrag:

Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, sofort auf die Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“ hinzuwirken.

Die Notwendigkeit, daß der Reichstag sofort zu diesem Verbot Stellung nimmt und im Sinne dieses Antrages entscheidet, ergibt sich aus der Tatsache, daß jetzt in der Presse begonnen wird, diese Maidemonstration des Berliner Proletariats umzufälschen, indem man schreibt, daß von der Arbeiterschaft ein bewaffneter

¹ Infolge Widerspruchs wurde die sofortige Beratung verhindert und die danach beantragte Vertagung bis zum nächsten Tag abgelehnt. Darauf erklärte der Abgeordnete Stoecker (KPD), daß sich die kommunistische Fraktion nicht mehr an der weiteren Beratung beteilige. Die Sitzung wurde auf eine halbe Stunde unterbrochen. *Die Red.*

Angriff auf die Polizei unternommen worden wäre. Dabei muß der „Vorwärts“ heute mitteilen:

Durch einen Zufall hatte bis jetzt die Polizei trotz Geschosshagels keine Verletzten.

Es ist die Lüge verbreitet, daß die Kommunistische Partei zu bewaffneter Demonstration aufgerufen habe. Die Kommunistische Partei hat aufgerufen, trotz des Verbots von Zörgiebel die Maidemonstration am 1. Mai auf der Straße zu begehen. Das ist der Anlaß gewesen zu den Polizeiangriffen, die noch bis zur Stunde andauern. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) In Neukölln und am Wedding geht die Polizei mit schwersten Waffen gegen das Proletariat vor. Arbeiter werden niedergeschossen und niedergeschlagen. Alles das wird jetzt durch eine Flut von Lügen über die Demonstration zu verschleiern versucht. Die Kommunistische Partei hat ganz offen die Stellung eingenommen, daß es bei diesem brutalen Vorgehen der Polizei durchaus verständlich ist, wenn die Arbeiterschaft zur Gegenwehr greift und das Vorgehen derjenigen, die sie niederschießen, mit den gleichen Mitteln beantwortet. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, sich auf das Geschäftsordnungsmäßige zu beschränken.“

Ich bin sofort fertig. — Was sich auf den Straßen Berlins zeigt und was die sofortige Stellungnahme zur Aufhebung des Verbots notwendig macht, ist die Tatsache, daß — getrieben von diesen Polizeiverbrechen — das Berliner Proletariat zu gesteigerten Kampfmitteln des revolutionären Kampfes gegriffen hat.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, ich bitte Sie, Ausdrücke wie ‚Polizeiverbrechen‘ zu vermeiden. Ich will Sie nicht hindern, sachlich Ihre Beschwerde vorzubringen, muß Sie aber bitten, sich im Rahmen der parlamentarischen Ausdrucksweise zu halten.“

Ich will dann diesen Ausdruck nicht wiederholen. Ich stelle aber fest, daß in der bürgerlichen Presse bereits Tatsachen festgelegt werden, die absolut diesen Ausdruck als berechtigt er-

scheinen lassen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Ich will nur noch sagen: Die Barrikadenbauten der Arbeiter in den Straßen Berlins, am Wedding und in Neukölln, sind Schutzwehrmaßnahmen gegen die unerhörten Überfälle der Polizei. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die Kommunistische Partei billigt diesen Selbstschutz des Proletariats durchaus, und wir wissen, daß die brutale Niederschlagung des Proletariats die Arbeiter in den Betrieben dazu treiben wird, noch schärfere Abwehr- und Schutzmaßnahmen gegen diese Überfälle zu ergreifen.

Die Dringlichkeit der sofortigen Beratung unseres Antrags — die Reichsregierung aufzufordern, sofort auf die Aufhebung des Verbots der „Roten Fahne“ hinzuwirken — ergibt sich aus der Notwendigkeit, den verlogenen Meldungen, dieser Lügen-schlammlut, wenigstens von einer Stelle aus entgegenwirken zu können. Der „Vorwärts“ ist in bezug auf Lügenmeldungen der ganzen bürgerlichen Presse voranmarschiert. Wenn Sie jetzt auch nicht beschließen, das Verbot der „Roten Fahne“ aufzuheben, so wird die Kommunistische Partei Mittel und Wege finden, zu den Proletariermassen zu sprechen und dafür Sorge zu tragen, daß dieser Lügenhund, der „Vorwärts“, aus den Arbeiterwohnungen entfernt wird und daß die, die hinter ihm stehen, zum Teufel gejagt werden.

Ich schließe: Das Proletariat wird die ganze Bande niederringen. Es lebe die proletarische Revolution!¹

*„Verhandlungen des Reichstags,
IV. Wahlperiode“, Bd. 424.*

¹ Der sofortigen Beratung wurde widersprochen. Das „Hohe Haus“ vertagte sich nun auf 10 Tage. In der Zwischenzeit erfolgte das Verbot des Roten Frontkämpferbundes und einer Anzahl Zeitungen der KPD. *Die Red.*

Nicht Lüge noch Verbot kann uns hindern, die Massen zu führen!

*Aus der Rede im Reichstag
7. Juni 1929*

Die gesamte Außen- und Innenpolitik der kapitalistischen Staaten wird gekennzeichnet durch Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, Rüstungen und Vorbereitungen zu einem neuen Weltkrieg, verschärfte Kapitaloffensive zum Zweck des Abbaus der Löhne und der sozialen Fürsorge, Verlängerung der Arbeitszeit und steigende Massenbelastung durch Zölle und Steuern. Sie wird weiter gekennzeichnet durch den immer schärfer hervortretenden Sozialfaschismus^[35]. Mit ihm versucht die Bourgeoisie, den wachsenden Widerstand der Arbeiterschaft gegen diese Politik, ihren Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, um erweiterte politische Rechte niederzuschlagen und die immer mehr sich ausbreitende Radikalisierung der Arbeiterschaft aufzuhalten. Sie versucht damit auch die Revolution, die kommen wird, zu verhindern.

Da die Bourgeoisie aus eigener Kraft dazu nicht fähig ist, hat sie die sozialdemokratischen Partei- und die Gewerkschaftsführer in ihren Dienst gestellt, die in bereitwilligster Weise diese Henkerrolle gegenüber der Arbeiterschaft übernommen haben, um sich für diesen Henkerdienst mit Staatsposten belohnen zu lassen.

Das zeigt sich in besonders krasser Weise in Deutschland, wo die politische Entartung der sozialdemokratischen Führerschaft bereits einen Grad erreicht hat, bei dem jede Gemeinschaft mit der proletarischen Klasse zerrissen wird und der ganz offen den Sozialfaschismus hervortreten läßt. Diese Entwicklung wird gekennzeichnet durch die immer stärkere Verflechtung des sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsapparats mit dem bürgerlichen Staatsapparat zur Unterdrückung der Arbeiterklasse. Die sozialdemokratischen Führer stellen die von ihnen geleiteten Arbeiterorganisationen bewußt in den Dienst des kapitalistischen Staates und des Unternehmertums, um sie

damit dem Klassenkampf zu entziehen. Die sozialdemokratischen Führer gehen sogar schon zur offenen Organisation des Streikbruchs über. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Ich erinnere ferner an das offene Einschwenken der sozialdemokratischen Führer in die imperialistische Kriegs- und Rüstungspolitik. Es ist kennzeichnend, daß die Vertreter der Sozialdemokratie gestern abend im Hauptausschuß für die zweite Rate zum Bau des Panzerkreuzers gestimmt haben — und das kurz nach dem Magdeburger Parteitag, wo man geschworen hat, die zweite Rate für den Panzerkreuzer nicht zu bewilligen. Dazu kommt noch die völlige Preisgabe aller sozialistischen Grundsätze und ihre Ersetzung durch die den Interessen des Proletariats entgegenstehende Auffassung von der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit — der sogenannten Wirtschaftsdemokratie —, kommt der Verzicht auf den Klassenkampf, der Sozialchauvinismus und der Sozialimperialismus. Alles das sind Kennzeichen der sozialdemokratischen Politik. Das tritt besonders bei der Tätigkeit des Reichsinnenministers wie auch bei der Tätigkeit des preußischen Innenministers und des Berliner Polizeipräsidenten mit aller Deutlichkeit hervor. Es ist kein Zufall, daß die Polizeifunktionen gegen die Arbeiterschaft von der Bourgeoisie gerade den Sozialdemokraten übertragen worden sind — wie das auch in den anderen deutschen Ländern und Städten der Fall ist. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Natürlich werden dafür von der Sozialdemokratie besonders solche Elemente ausgesucht, die das nötige robuste Gewissen haben, gegen die Arbeiterschaft vorzugehen. Die Liste der Berliner Polizeipräsidenten spricht Bände — wobei ich den von der Revolution eingesetzten Polizeipräsidenten Eichhorn ausnehme.

Durch die Verschärfung des Klassenkampfes, durch die Kapitaloffensive, durch die wachsende Radikalisierung der Arbeiterschaft und durch die steigende Kriegsgefahr verschärfen sich die sozialen Konflikte. Es wächst bei der Arbeiterschaft der Wille zum Kampf gegen diese Politik, zur Befreiung von dem kapitalistischen Joch. Andererseits wächst bei der Bourgeoisie der Wille zur gewaltsamen Unterdrückung der Arbeiterklasse. Den gleichen Willen haben aber auch die sozialdemokratischen Führer, weil sie den Massenkampf der Arbeiter fürchten, in dem sie die

Hydra der Revolution, den Bolschewismus, sehen. Je mehr es der Kommunistischen Partei gelingt, die Arbeitermassen für den Kampf zu gewinnen, um so mehr entsteht bei der sozialdemokratischen Führerschaft der Wille zur Vernichtung der KPD. Dadurch will man der Arbeiterschaft die Führung im Klassenkampf nehmen.

Die in den Händen der Sozialdemokratie befindlichen staatlichen Funktionen werden offen zum parteipolitischen Kampf gegen die KPD benutzt, um den Klassenverrat um so ungehinderter begehen zu können — um den Versuch zu machen, die KPD von den Massen zu isolieren. Das ist der Schlüssel zum Verständnis für die Unternehmen, die in den letzten Monaten von dem Kleeblatt der beiden Innenminister im Reich und in Preußen und dem Polizeipräsidenten von Berlin gegen die Arbeiterschaft, gegen die KPD, durchgeführt worden sind.

Gegen diese Maßnahmen liegen die Interpellationen der kommunistischen Fraktion vor. Bei der Beschränkung der Redezeit ist es mir leider nicht möglich, auf diese Interpellationen einzugehen. Wir fordern Rechenschaft von dem Reichsinnenminister für diese Politik, die unter seiner Führung im Reiche und unter der Führung der übrigen sozialdemokratischen Minister in den Ländern betrieben wird.

Eines der krassesten Beispiele für diesen Kurs sind die Mai-kämpfe, wie sie in Berlin am 1. Mai und den folgenden Tagen von der Polizei gegen die Arbeiterschaft unternommen wurden. Wenn heute den Sozialdemokraten der Dank von den Vertretern der Deutschnationalen und der Volkspartei ausgesprochen wurde, so ist das für die Arbeiterschaft der beste Beweis, wer die Dienstboten dieser Parteien sind, welchen Zwecken sie dienen müssen: den Arbeitermord im Auftrag der Bourgeoisie durchzuführen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, ich möchte doch bitten, das Wort ‚Mord‘ in diesem Zusammenhang zu vermeiden!“ (Zuruf von den Kommunisten: „Es stimmt doch!“)

Es gibt eine juristische Bestimmung für den Begriff „Mord“, und ich glaube, ohne dem Herrn Präsidenten widersprechen zu

wollen: Wenn er das nachprüfen würde, was am 1. Mai von der Polizei unternommen wurde, dann würde er finden, daß kein Unterschied besteht.

Das von Zörgiebel erlassene Demonstrationsverbot stützte sich auf Behauptungen, die nachweislich unwahr sind. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die Rechtfertigung, die der Parteivorstand der SPD für dieses Demonstrationsverbot geliefert hat, enthält faustdicke Lügen über die kommunistische Bewegung. Der eigentliche Grund für das Verbot in Berlin ist das Anwachsen der revolutionären Bewegung, die Radikalisierung der Berliner Arbeiterschaft. Sie kommt zum Ausdruck in der Tatsache, daß bei den letzten Maiwahlen in Berlin den 816 196 sozialdemokratischen Stimmen bereits 611 317 kommunistische Stimmen gegenüberstanden, in den Erfolgen bei den Betriebsrätewahlen und darin, daß bei den Herbstwahlen zur Stadtverordnetenversammlung in Berlin die Möglichkeit für die Kommunisten besteht, die Sozialdemokraten an Stimmen zu überflügeln. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Das ist die eigentliche Begründung für das schändliche Verbot, das die Ursache der großen Maikämpfe und des Vergießens von Arbeiterblut durch die Polizei war. Ohne daß irgendwelche ernststen Zusammenstöße nach dem Verbot der Demonstration vom 13. Dezember vorigen Jahres erfolgten, ist das Demonstrationsverbot für den 1. Mai aufrechterhalten worden. Die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsführer wollten keine Maidemonstration, weil die KPD dabei zu stark in den Vordergrund treten würde, wie sich das im Vorjahre bei der Maidemonstration gezeigt hat. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Deshalb haben sie sich aus Furcht vor der KPD in die Versammlungen geflüchtet.

Zörgiebel hat in einem Presseartikel am 2. Mai im „Berliner Tageblatt“ dargelegt, warum er das Verbot nicht aufgehoben hat. Da sagt er: Die im Februar und März durch die Regierungskrise hervorgerufene politische Spannung habe ihm die Aufhebung unmöglich gemacht; ferner: Wenn er das Maidemonstrationsverbot aufgehoben hätte, dann hätte es leicht am 1. Mai zu blutigen Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten kommen können, wobei er sich auf das Vorjahr beruft. Im vorigen Jahr gab es aber keine Zusammenstöße zwischen sozial-

demokratischen und kommunistischen Arbeitern. Der Begründung des Polizeipräsidenten Zörgiebel steht auch die Tatsache gegenüber, daß es in keiner deutschen Stadt — selbst nicht in Bayern — zu irgendwelchen Zusammenstößen am 1. Mai zwischen sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern gekommen ist. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Deshalb ist es ein fauler Zauber, der hier von diesem Polizeipräsidenten gemacht wird, wenn er ein solches Argument zur Begründung seines Maidemonstrationsverbots anführt.

Aber der Mann kann nicht seine Schandtaten begehen, ohne nicht gleichzeitig auch ...

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, von Schandtaten und dergleichen dürfen Sie nicht sprechen. Ich bitte Sie, solche Ausdrücke zu vermeiden, sonst muß ich Sie zur Ordnung rufen.“ (Zurufe von den Kommunisten.)

Der Mann kann nicht seine Taten begehen, ohne gleichzeitig so zu tun, als würde er von irgendeinem Interesse für die Arbeiterklasse geleitet. Er sagt in seinem Verbot, das Leben eines Arbeiters sei ihm zu kostbar, als daß eine Demonstration stattfinden könne. Deshalb ließ er 31 Arbeiter am 1. Mai erschießen, um nicht das Demonstrationsverbot aufgeben zu müssen. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.) Das ist seine Sorge für das Leben der Arbeiter. Zörgiebel hat auf einer Berliner Funktionärkonferenz erklärt, daß er bei der Aufrechterhaltung dieses Verbots der Maidemonstration und bei all seinen Maßnahmen gegen die Berliner Arbeiter — mit den 31 Toten und 81 Schwerverletzten — immer in engster Verbindung mit Partei und Gewerkschaften gewesen sei. Hier zeigt sich der Zusammenhang mit der parteipolitischen Ausnutzung der Staatsgewalt gegen die revolutionäre Arbeiterschaft. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die KPD hat dieses Verbot bekämpft. Sie hat dagegen die Massen mobilisiert, um die Aufhebung des Verbots zu erzwingen. Sie hat den Kampf um die Straße so geführt, wie das in der Vorkriegszeit die Sozialdemokratie als ihre Aufgabe betrachtet hat. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.) Wir brauchen nur die Artikel im „Vorwärts“ vom April 1910 nach-

zulesen, um zu sehen, unter welchem Jubel man damals die Massendemonstration für das preußische Wahlrecht gegenüber dem Jagowschen Demonstrationsverbot durchgeführt und die Massen auf die Straße geführt hat. Aber die Sozialdemokratie ist heute in die Rolle von Jagow eingerückt. Deshalb treibt sie dieselbe Politik, wie sie in der Vorkriegszeit die preußische Regierung gegen die Arbeiter getrieben hat.

Die kommunistische Partei hat eine sehr lebhafte Agitation in den Betrieben geführt, um die Aufhebung des Demonstrationsverbots zu erzwingen. Das ist der Tenor der ganzen Sprache der Kommunistischen Partei in ihren Zeitungen vor dem 1. Mai gewesen. Immer hat die Partei zum Ausdruck gebracht, daß es ihr am 1. Mai darauf ankomme, in friedlicher, unbewaffneter Weise auf die Straße zu gehen und für die Forderungen der Arbeiter zu demonstrieren. Kein Severing, kein Grzesinski, kein Zörgiebel wird so die Wahrheit vergewaltigen können, um nachzuweisen, daß die Kommunistische Partei zu etwas anderem aufgerufen hat. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Selbst wenn Herr Sollmann hier einen Beschluß des RFB aus einer Berliner Gaukonferenz im Januar dieses Jahres heranzog! Was steht denn darin? Es steht doch darin, was die alte sozialdemokratische Führerschaft auch einmal als Ziel der Sozialdemokratischen Partei aufgestellt hat: die Massen zu mobilisieren und den Willen zur Befreiung der Arbeiterklasse so stark in ihnen werden zu lassen, daß auch mit dem Mittel der Revolution die Befreiung durchgeführt werden soll. Wenn die Herren heute nicht mehr wissen, was die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, Marx und Engels, was selbst der altersschwache Kautsky in seiner Broschüre „Am Tage vor der sozialen Revolution“ geschrieben hat, daß ohne Aufstand, ohne bewaffnete Kämpfe, eine Revolution nicht abgehen werde — dann ist es nur ein Zeichen, wie groß die politische Entartung der heutigen Führer der Sozialdemokratie geworden ist. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten. — Zurufe.) Die sozialdemokratischen Führer wollten doch den Zusammenstoß am 1. Mai; sie wollten dieses Blutbad, weil sie es benutzen wollten, um gegen den Roten Frontkämpferbund und gegen die kommunistische Partei vorgehen zu können. Es ist sehr interessant, was der preußische Ministerpräsident Otto Braun in einer sozial-

demokratischen Führerbesprechung erklärt hat, als man auf die Möglichkeit eines Blutbades am 1. Mai hinwies: daß es für die Reparationsverhandlungen in Paris gar nicht so übel sei, wenn es am 1. Mai in Berlin Tote gäbe. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten. — Zuruf bei den Sozialdemokraten: „Wo hat er das gesagt?“) — In einer Führerkonferenz der Sozialdemokratie 14 Tage vor dem 1. Mai! (Erneuter Zuruf links: „Wo?“) — In Berlin!

Weil dieser Wille vorhanden war, wurde auch der Versuch zur Verschleierung dieser Absicht unternommen.

Es entspricht durchaus dem Charakter sozialdemokratischer Führer, wenn dieser Künstler¹, von dem wir wissen, welchen Beruf er sich gegenüber der revolutionären Arbeiterschaft auserwählt hat — plötzlich den Schwindel in die Welt setzte, daß die Bezirksleitung der Berliner Organisation der KPD beschlossen haben solle, es werde am 1. Mai 200 Tote geben. Man muß sich schon an den Kopf fassen, daß es einen solchen Menschen gibt, der eine so einfältige Behauptung aufzustellen wagt. Er hat das Künstlerpech gehabt, daß an diesem Tage gar keine Sitzung war. (Abgeordneter Künstler: „Das ist ja Schwindel! Ihr habt doch eine gehabt!“)

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe, den Redner unterbrechend: „Einen Augenblick, Herr Abgeordneter! Ich möchte beide Seiten bitten, das Wort ‚Schwindel‘ zu vermeiden. Man kann ja auch ‚Irrtum‘ sagen. (Heiterkeit. — Zurufe von den Kommunisten.) Jetzt hatte Herr Abgeordneter Künstler ‚Schwindel‘ gerufen.“

Ich bedaure, daß ich nicht das richtige Wort anwenden kann, was man sonst für Unwahrheit, für bewußte Unwahrheit, sagt. (Abgeordneter Dr. Leber: „Bewußter Irrtum!“) — Herr Künstler hat diese Behauptung aufgestellt, und wir werden ihm Gelegenheit geben, vor Gericht den Nachweis dafür zu liefern. (Abgeordneter Dr. Leber: „Zum Klassenrichter wollen Sie laufen?“) — Gegen solche Verleumder, die sich hinter die Immunität verkriechen, bleibt nichts anderes übrig.

Ich stelle weiter fest, daß auch der sozialdemokratische Polizeiminister für Preußen im Landtage den Mut gehabt hat, mit der

¹ Gemeint ist der SPD-Reichstagsabgeordnete Künstler. *Die Red.*

Wahrheit in Widerspruch stehende Behauptungen gegen die Kommunistische Partei aufzustellen. Er hat gewagt, das zu wiederholen, was an Lügen in der sozialdemokratischen Presse über die Kommunistische Partei verbreitet wurde: daß sie zum 1. Mai den Aufstand vorbereitet habe.

Wir können auf die Tatsache verweisen, daß wir kurz vorher noch an die Polizeibeamten in Berlin einen Aufruf herausgegeben haben, in dem wir — gegenüber den von der offiziellen Leitung kolportierten Gerüchten über einen beabsichtigten Putsch und eine Abschachtung von Polizeibeamten — ihnen ganz eindeutig erklärt haben, daß wir nicht die Absicht hätten, in gewaltvoller Weise auf der Straße vorzugehen — zumal nicht gegen die Polizeibeamten —, und daß wir sie deshalb dringend davor warnten, sich zum Arbeitermord mißbrauchen zu lassen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Herr Zörgiebel hat in seinem Mahnruf vom 28. April jene mit der Wahrheit in Widerspruch stehende Behauptung übernommen, daß die KPD es auf ein Blutbad am 1. Mai anlege. Sonst sind Sie doch immer so schnell bei der Hand, wenn es gilt, parlamentarische Untersuchungsausschüsse einzusetzen. Diesmal aber hört man nichts davon, daß Untersuchungsausschüsse zur Feststellung der Wahrheit eingesetzt werden sollen. Darum mußte sich ein aus bürgerlichen Journalisten und Kommunisten zusammengesetzter Ausschuß mit diesen Dingen beschäftigen. Das öffentliche Arbeitergericht, das gestern abend im Großen Schauspielhaus stattgefunden hat, hat die Ereignisse, die sich am 1. Mai abgespielt haben, untersucht und festgestellt: Nicht von der Kommunistischen Partei wurde der Zusammenstoß herbeigeführt, sondern von dem Berliner Polizeipräsidenten und den Polizeikommandeuren. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Es ist auch nicht von ungefähr, daß der Herr Polizeipräsident die Aufführung eines Films unterbunden hat, in dem die „Dachschützen“ in Erscheinung treten. In diesem Film, der gestern aufgeführt wurde, werden nämlich mit photographischer Treue die „Dachschützen“ gezeigt — bewaffnete Schupoleute auf Balkonen der Häuser stehend, die von oben Schüsse auf die Bewohner abgegeben haben. Der Befehl des Polizeipräsidenten Zörgiebel, die Polizeibeamten sollten der Liga für Menschenrechte, die auch die Wahrheit über die Maiunruhen erfor-

schen wollte, keine Auskunft geben, zeigt, daß Sie (Zu den Sozialdemokraten.) die Wahrheit zu fürchten haben.

Eine der ungeheuerlichsten Taten war die Verhängung des Belagerungszustandes im Wedding und in Neukölln. Die Verhängung des Belagerungszustandes wurde bereits in die Praxis umgesetzt, bevor den Bewohnern Kenntnis davon gegeben war. Die Leute wußten gar nichts davon. Und als sie um 9 Uhr nach Hause kamen, wurden sie auf den Straßen niedergeknallt. (Erregte Zurufe von den Kommunisten.) Ist das etwa Verantwortlichkeit für das Leben von Arbeitern, für das Leben der Berliner Bevölkerung? Die 31 Toten, die 81 Schwerverletzten sprechen eine deutliche Sprache für die Verantwortungslosigkeit der sozialdemokratischen Führer, die mit ihrer Provokation die Mäikämpfe, die Polizeiüberfälle gegen die Durchführung der Maidemonstrationen herbeigeführt haben. Alle Versuche der SPD, die Blutschuld von sich abzuwälzen, werden an den harten Tatsachen zuschanden werden.

Herr Zörgiebel hat versucht, in einem Artikel im „Berliner Tageblatt“ die Wahrheit zu „korrigieren“. Er hat — da immerhin die Verschleierung einer solchen ungeheuerlichen Blutschuld nicht so einfach ist — auch in einem Artikel des reaktionären „Neuen Wiener Journal“ darzulegen versucht, warum er die Polizei am 1. Mai auf die Arbeiter schießen ließ. Er sagt, um Herrn Schober lobend an die Seite gestellt zu werden:

Hätte ich nicht so auf die Arbeiter feuern lassen, dann hätte die Gefahr bestanden, daß die Kommunisten die Waffenläden plünderten, wie das auch am 15. Juli vorgekommen war^[36]; um das zu verhindern, mußte ich 31 Arbeiter erschießen lassen.

Er hat darauf hingewiesen, daß es in Wien schließlich selbst zum Brand des Justizpalastes gekommen ist.

Dabei ist sehr interessant, daß der Kommandeur der Berliner Schutzpolizei damals über den Wiener Aufstand und das Verhalten der Wiener Polizei ein sehr abfälliges Urteil gefällt hat, weil man in so brutaler Weise gegen die Arbeiter vorging und viele Arbeiter erschossen wurden. Und hier am 1. Mai in Berlin hat derselbe Schutzpolizeikommandeur die Taktik des Herrn

Schober durchgeführt, jene Taktik, die Herr Heimannsberg so abfällig bei dem Wiener Aufstand verurteilt hat.

Zörgiebel hat auch noch im März 1928 vor den Gewerkschaftsredakteuren einen Vortrag gehalten — wahrscheinlich um sie zur Aufhetzung der Polizei gegen die Arbeiter anzufeuern. Er hat in dieser Rede folgendes gesagt:

Ganz besonders war die Polizei früher gegen die Arbeiterbewegung eingestellt. Kein Wunder, wenn der oberste Chef der Polizei, der König von Preußen, Silvester 1905 an den damaligen Reichskanzler folgendes schrieb:

Jetzt, wo die Sozialisten offenen Aufruhr predigen und vorbereiten, kann ich keinen Mann aus dem Lande ziehen ohne äußerste Gefahr für Leben und Besitz der Bürger. Erst die Sozialisten abschießen, köpfen, unschädlich machen, wenn nötig, per Blutbad — und dann Krieg nach außen! Aber nicht vorher und nicht a tempo.

Sie brauchen nur das Wort „Sozialisten“ durch „Kommunisten“ zu ersetzen, dann haben Sie die Meinung, die Herr Zörgiebel, Herr Severing und Herr Grzesinski über ihre Politik gegenüber der Arbeiterklasse haben.

Die Arbeiterschaft hat gegen die Polizeiüberfälle zur Notwehr gegriffen. Sie hat in den bedrängten Gebieten, wo die Polizeiüberfallautos, wo die Panzerwagen, die Sonderwagen des Herrn Severing, durch die Straßen rasten und gegen die Häuser schossen, in Notwehr dazu gegriffen, Barrikaden zu errichten. Keine Barrikaden wie 1848 als Brustwehr für einen Angriff gegen die feindlichen Mächte, sondern umgehauene Bäume, umgeworfene Plakatsäulen, über die Straße gelegte Eisenträger, um die Beweglichkeit der Polizei zu beengen.

Daraus hat man eine ungeheure Geschichte gegen die Kommunisten gemacht. Man hat gesagt, daran sei die Aufstandsabsicht der Kommunisten zu erkennen. Allerdings, wir geben ohne weiteres zu, es zeigten sich bei diesen Kämpfen zur Abwehr der Polizeiüberfälle die Anfänge des Aufstandes. Aber die KPD hat diesen Aufstand nicht organisiert, sie hat ihn nicht gewollt, weil für einen solchen Kampf die dafür erforderliche Mobilisation der Ar-

beiter und auch die objektive Situation nicht gegeben ist. Die Sozialdemokratie hat allerdings erwartet, daß die KPD auf die Provokation hereinfliegen würde. Aber die KPD ist zu marxistisch geschult, um nicht zu wissen, unter welchen Voraussetzungen der Aufstand und die Revolution unternommen werden können. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Trotzdem steht die KPD absolut auf Seiten der Arbeiter, die die Barrikaden errichtet haben („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) zur Notwehr gegen die Polizeiüberfälle. Sie billigt diese Maßnahmen, und sie erklärt auch offen, daß ihr Ziel ist: die Arbeiter zu befähigen, die politische Macht zu erobern, die proletarische Diktatur als Voraussetzung des sozialistischen Aufbaus zu schaffen. Die Arbeiterschaft dafür fähig zu machen, das erachtet die KPD als ihre Aufgabe, und daran wird sie sich auch nicht hindern lassen durch Verbote irgendwelcher Art. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Das ist die geschichtliche Aufgabe der KPD. Sie wird sie durchführen entsprechend der Lehre, die uns die Altmeister des Sozialismus gegeben haben.

Die vorgeschrittene Redezeit zwingt mich, nur noch kurz auf die Maßnahmen hinzuweisen, die nunmehr gegen die KPD unternommen wurden, wozu das Demonstrationsverbot aufrechterhalten wurde, wozu man das Arbeiterblutbad in Berlin angerichtet hat. Zuerst wurde „Die Rote Fahne“ verboten. Die Begründungen erklären am besten, daß dieses Blutbad von der Polizei organisiert wurde, um „Die Rote Fahne“ in Berlin mundtot zu machen. Aber nicht nur das, auch der Rote Frontkämpferbund wurde verboten, und die Begründung dafür ist wiederum eine Bestätigung für meine Feststellungen. Nur hat allerdings der sozialdemokratische Polizeiminister von Preußen sich erst noch die Mühe gemacht, einige Wochen vorher eine „letzte Warnung“ zu erlassen, in der er bereits ankündigte, daß er mit dem Mittel des Verbots gegen den RFB vorgehen werde. Er wollte sich vielleicht für leichtgläubige Bürger eine Legitimation verschaffen, daß er doch erst gewarnt habe. Die Absicht des Verbots des RFB besteht seit langem bei der sozialdemokratischen Führerschaft. Sie wissen, daß dies die Organisation ist für die Mobilisierung der Massen gegen die Kriegsgefahr, gegen den Sozialfaschismus, gegen die reaktionäre Politik. Sie wissen, welchen Einfluß diese Organi-

sation für die Radikalisierung der Arbeiterschaft hat. Deshalb entstand ihr Bestreben, diese Organisation zu verbieten, um möglichst ungehindert ihre Koalitionspolitik, ihre Verbrechen an der Arbeiterschaft auszuüben.

Aber nicht nur das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, sondern das Verbot der Kommunistischen Partei ist das Ziel der sozialdemokratischen Führerschaft. Am 2. Mai, als man in einer Sitzung der sozialdemokratischen Führer beschloß, daß der preussische Polizeiminister — und mit ihm die Polizeiminister der anderen Länder und, darüber stehend, Severing im ganzen Reiche — das Verbot des Roten Frontkämpferbundes durchführen soll, wurde auch das Verbot der Kommunistischen Partei vorgeschlagen. Severing hat im Hauptausschuß erklärt, daß er nicht dumm genug sei, die Kommunistische Partei zu verbieten (Zuruf von den Kommunisten.) —, schon zu verbieten, wollte er wahrscheinlich sagen. Bei ihm besteht das Bemühen, das Verbot der Kommunistischen Partei nicht mittels der Anwendung des Ausnahmezustandes, sondern auf legale Weise durchzuführen. Deshalb seine Absicht, das Reichsvereinsgesetz — jenes Gesetz, das unter der Luther-Regierung von Herrn Külz vorgelegt wurde und bei dem damals im Zusammenwirken von Sozialdemokratie und Kommunisten die Beratung verhindert werden konnte — jetzt wieder vorzulegen, mit all den Schikanen, die wir aus der Vorkriegszeit kennen, mit polizeilicher Bewachung der Versammlungen, mit Einreichung der Vorstandsliste, mit der Möglichkeit des Verbots von Organisationen, der Beschlagnahme usw. Das ist der „legale“ Weg, den Herr Severing wählt, um die Kommunistische Partei zu verbieten. Er hat auf der hessischen Polizeiwache ganz offen erklärt, warum er noch nicht für das Verbot der Kommunistischen Partei sei. Es ist seine Sorge, daß er es nicht durchführen kann. Er sagte, man müßte dafür erst die kriminal-politische Polizei schaffen, die die höheren Aufgaben erfüllen soll. Das ist die Schaffung einer Spitzelzentrale, die er zwar heute schon hat, die er aber ausbauen will, um das Verbot der Kommunistischen Partei durchzuführen. Wir haben die Geschichte mit Orloff^[37], diesem internationalen Dokumentenfälscher. Es ist nicht von ungefähr, daß Herr Severing im Hauptausschuß erklärte, er dürfe aus polizeilichen Gründen keine Aus-

kunft darüber geben, ob die Behauptung der bürgerlichen Presse zutreffend sei, daß Orloff mit dem Innenministerium zusammenarbeite. Herr Severing aber ist es auch, der ebenfalls — sagen wir einmal — nicht eine ausgesprochene Liebe zur Wahrheit hat; denn er hat auf jener Konferenz erklärt, die Kommunisten hätten kundgetan, am 1. August eine Revolution zu machen. (Große Heiterkeit bei den Kommunisten.) — So schreibt der „Vorwärts“. Andere Versionen gehen dahin, einen Putsch zu machen. Herr Severing, wenn man Ihnen nicht unterstellen soll, daß Sie ein leichtfertiger Schwätzer oder ein Lügner sind, werden Sie den Beweis dafür bringen müssen, daß entweder der „Vorwärts“ gelogen hat, als er Ihren Bericht gab, oder Sie müssen Beweise dafür bringen, wo wir eine solche Absicht für den 1. August kundgetan haben. Wir denken nicht daran. Wir werden am 1. August die Arbeiterschaft zu großen Massenkundgebungen gegen den imperialistischen Krieg, gegen die Vorbereitung eines Krieges gegen die Sowjetunion aufrufen.

Inzwischen ist das Demonstrationsverbot aufgehoben worden. Die Begründung, die der Polizeipräsident für die Aufhebung gegeben hat, entspricht derjenigen, die er für das Verbot selbst gegeben hat. Er sagte: „Nachdem eine gewisse Beruhigung eingetreten ist“ — nachdem es 31 Tote und 81 Verletzte durch die Überfälle der Polizei gab —, „besteht keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ruhe mehr“ — wahrscheinlich deshalb, weil Herr Zörgiebel inzwischen auf Urlaub gegangen ist. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) In Wahrheit ist das Demonstrationsverbot aufgehoben worden, weil sein Zweck erreicht ist: Der Rote Frontkämpferbund ist verboten und soll nicht mehr demonstrieren. Der Stahlhelm will am 28. Juni einen Kampfaufmarsch gegen den Versailler Vertrag machen, deshalb mußte jetzt das Verbot aufgehoben werden, damit der Stahlhelm aufmarschieren kann. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Das ist der wahre Grund für die Aufhebung des Verbotes. Es ist keine Beruhigung eingetreten, die Unruhe ist stärker als vor dem 1. Mai, weil die Arbeiter die Blutopfer nicht mit derselben Gleichgültigkeit hinnehmen wie die Sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaftsführer. Mehr als je besteht Gefahr für die öffentliche Ruhe und Sicherheit, denn der Stahlhelm kündigt offen an,

was er will. Aber die sozialdemokratischen Minister dürfen nicht gegen den Stahlhelm vorgehen, die Bourgeoisie erlaubt es ihnen nicht. Die Herren, die Herrn Severing heute ihren Dank für das Vorgehen am 1. Mai aussprachen, würden ihn zum Teufel jagen, wenn er es wagen wollte, gegen den Stahlhelm ebenso vorzugehen wie gegen den Roten Frontkämpferbund.

Der Polizeiminister von Preußen hat den traurigen Mut gehabt, im Landtage zu erklären, es sei festgestellt worden, daß am 1. Mai Rote Frontkämpfer verhaftet worden seien, die im Besitz von Waffen gewesen seien. Wir fragen von dieser Stelle: Wo sind diese verhafteten Roten Frontkämpfer, die Waffen bei sich gehabt haben? Vielleicht rechnet man ein Taschenmesser zu den Waffen. Wir stellen dem die Tatsache gegenüber, daß der Oberste Gerichtshof bei der Verhandlung über das Verbot von Wiking und Werwolf dargelegt hat: Der Besitz von Waffen in den Händen einzelner Mitglieder einer Organisation sei noch keineswegs ein Kennzeichen dafür, daß die Organisation bewaffnet sei. Deswegen ist das Verbot von Wiking aufgehoben worden. Das weiß der Minister Grzesinski, und trotzdem wagt er diese Begründung für das Verbot des Roten Frontkämpferbundes. Das ist die Politik, welche sozialdemokratische Minister von Kapitals Gnaden üben, um die Arbeiterklasse in ihrem Kampf um mehr Lohn und Brot zu hindern.

Die bürgerliche Demokratie ist bankrott; es gelingt ihr nicht mehr, die Arbeiter zu betrügen und am Gängelband zu führen. In allen bürgerlichen Parteien bestehen wegen der sozialen Fragen zwischen dem Arbeiteranhang und den Besitzenden große Konflikte. Die sogenannte Krise des Parlamentarismus ist nur der Ausdruck dafür. Was an Reformen des Wahlrechts und an Erweiterungen der Vollmachten des Reichspräsidenten propagiert wird, bedeutet nichts anderes als den Abbau des Parlamentarismus und die Vorbereitung der Diktatur.

Dem Ausspruch Wels' auf dem SPD-Parteitag in Magdeburg: „Wenn Diktatur, dann durch uns!“ stellen wir die Frage gegenüber: „Diktatur gegen wen?“ („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.)

In einer Aussprache der Bundesführung des Reichsbanners im Mai wurde festgestellt, die Regierung Müller-Severing-Hilferding werde auch dann an der Macht bleiben, wenn der Reichstag

ihr ein Mißtrauensvotum ausstelle. Sie werde erklären, daß sie im Interesse des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft diktatorisch die Geschäfte fortführen werde. Deshalb sei es die Aufgabe des Reichsbanners, der Regierung den nötigen Schutz zu verschaffen.

Severing bildet sich auch ein, die Sozialdemokratie könne die Reichswehr republikanisieren — vielleicht so republikanisieren, wie sie die Schutzpolizei gegen die Arbeiterschaft „republikaniert“ hat. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.) Der Sinn dieser Republikanisierung ist doch nur der, die Schutzpolizei gegen die revolutionären Arbeiter zu führen. Da die Schutzpolizei aber bei der wachsenden Radikalisierung der Arbeiterschaft nicht mehr ausreicht, soll nun auch die Reichswehr in diesem Sinne dressiert werden.

Die Bourgeoisie diktiert. Sie bestimmt die Politik und die Regierungsmaßnahmen, und die sozialdemokratischen Führer und Minister sind ihre Dienstboten. Sie sind es, die ihr Werk gegen die Arbeiterklasse verrichten.

Die KPD sieht demgegenüber ihre Aufgabe darin, die Massen zu mobilisieren zum Kampf gegen die Bourgeoisie und gegen die mit ihr verbündete Sozialdemokratie, gegen die Koalitionspolitik, gegen die Kriegsrüstungen. Die verschärfte Situation erfordert äußersten Kampf bis zur Anwendung der stärksten Kampfform zum Sturze der Bourgeoisie. Dem Ausspruche Wels' stellen wir den Ruf entgegen: Wenn Diktatur, dann proletarische Diktatur (Bravorufe bei den Kommunisten.), und zwar als Grundlage für den sozialistischen Aufbau, für seine Verteidigung und für das Bündnis mit der Sowjetunion durch die Proletarier Deutschlands und der ganzen Welt!¹

*„Verhandlungen des Reichstags,
IV. Wahlperiode 1928“, Bd. 425.*

¹ Die Anträge der Kommunisten gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes, der „Roten Fahne“ und weiterer kommunistischer Zeitungen sind sämtlich in der Sitzung am 13. Juni niedergestimmt worden. *Die Red.*

Das Republikschutzgesetz – ein Werkzeug zur verschärften Unterdrückung der Arbeiterklasse!

Aus Reden im Reichstag¹

I

27. Juni 1929

Nachdem durch die Abstimmung in diesem Hause erwiesen war, daß für das Republikschutzgesetz mit seinen verfassungsändernden Bestimmungen nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit vorhanden war, stand die Regierung vor einer Sachlage, die einem völligen Mißtrauen, einer Desavouierung gleichkam; denn die Regierung hat dieses Republikschutzgesetz zur Grundlage ihrer Herrschaft gegen den revolutionären Teil des Proletariats gemacht. Nachdem das Parlament der Regierung diese Grundlage entzogen hat, wäre die Erklärung der Regierung am Platze gewesen, von ihrem Posten zurückzutreten. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.) Statt dessen hat es der

¹ Das Republikschutzgesetz war unter dem Eindruck des gewaltigen Massenprotestes gegen den faschistischen Rathenaumord 1922 beschlossen worden. Es fand jedoch fast nur gegen revolutionäre Kämpfer, ihre Kampforganisationen und die kommunistische Presse Anwendung. Severing, seit 1928 Reichsinnenminister, verlangte die Verlängerung dieses Ausnahmegesetzes auf drei Jahre. Die Schlußabstimmung ergab nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit. Erbozt über diese Niederlage meldete sich Severing zu Wort. Wegen seines anmaßenden Tons kam es zu fortgesetzten Zwischenrufen und großer Unruhe. Die Sitzung mußte auf 10 Minuten unterbrochen werden. Bei Wiedereröffnung saß an Stelle des deutschnationalen Vizepräsidenten der Sozialdemokrat Löbe auf dem Präsidentenstuhl. Es hagelte Ordnungsrufe gegen kommunistische Abgeordnete. Präsident Löbe wollte keine Besprechung der Erklärung des Ministers zulassen. Wilhelm Pieck erzwang aber die Aussprache unter Hinweis auf die Geschäftsordnung. *Die Red.*

Minister des Innern für angebracht gehalten, hier eine — nicht vorhandene — Stärke der Regierung zu markieren. Er glaubte noch durch Drohungen unterstreichen zu müssen, was er bereits, besonders durch das Verbot des RFB, zum Ausdruck gebracht hat, nämlich daß er gedenkt, mit brutaler Gewalt für den Imperialismus in Deutschland die Herrschaft auszuüben.

Es ist eine Tatsache, daß sich die Bourgeoisie für diese Gewalt-herrschaft über das Proletariat sozialdemokratischer Führer bedient. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Weil die Bourgeoisie weiß, daß sie allein nicht die Kraft hat, den revolutionären Teil des Proletariats niederzuschlagen, darum muß sie die Sozialdemokratie mit ihren Verleumdungen und Verdächtigungen gegen die KPD, mit ihrer ganzen Tätigkeit zur Niederhaltung der Arbeiterschaft einsetzen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die deutsche Republik hat zum Polizei- und Unterdrückungsminister einen Mann, der bereits durch sein Bielefelder Abkommen gekennzeichnet ist, der 1920 den Kapp-Rebellen dazu verholfen hat, daß das Proletariat in Rheinland-Westfalen blutig niedergeschlagen wurde. Ihn suchte man sich als Staatskommissar für die öffentliche Ordnung aus. Man fand keinen besseren Sozialdemokraten als ihn, der so kühl und überlegt das Regiment für die Bourgeoisie führte. Diesen Weg ist Severing auch als preußischer Polizeiminister gegangen, und man hat als Reichsminister des Innern wieder keinen anderen gefunden als ihn, der glaubt, hier die Stärke der Regierung zeigen und dabei die ungeheure revolutionäre Kraft ignorieren zu können, die im Proletariat liegt und die auch mit einem Severing fertig werden wird. (Zustimmung bei den Kommunisten.) Ich sage es hier offen: Was Herr Severing glaubte, mit dem Verbot des RFB, mit der Unterstützung des Verbots der Maidemonstration, mit dem Einsetzen brutaler Polizeigewalt einzuleiten, nämlich sich die Gelegenheit zu verschaffen, die Kommunistische Partei zu verbieten, das wird endgültig an dem eisernen Widerstande des deutschen Proletariats scheitern, das diese Regierung und die herrschende Klasse niederschlagen wird. (Stürmischer Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.) Herr Minister Severing war es, der in Karlsruhe die Polizeibeamten auf ihrer Tagung gegen die Kommunisten aufhetzte . . .

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe, den Redner unterbrechend: „Ich bitte die Abgeordneten, die Plätze einzunehmen. — Herr Abgeordneter Pieck, ich bitte, sich zu mäßigen.“

indem er ihnen seine Erfindung vortrug, daß die Kommunisten am 1. August einen Putsch wollen. Herr Minister, Sie haben auch bei der Beratung Ihres Etats nicht zu dieser Ihnen von mir vorgehaltenen Unwahrheit das Wort genommen. Es steht fest, daß Sie den Polizeibeamten eine Unwahrheit gesagt haben. Ja, ich behaupte, Sie haben bewußt diese Unwahrheit gesagt.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, sich in den Vorwürfen zu mäßigen. Von bewußter Unwahrheit dürfen Sie nicht sprechen. (Andauernde Unruhe. — Zuruf von den Kommunisten: „Bewußter Lügner!“) Will sich der Abgeordnete melden, der bewußter Lügner gerufen hat. — Herr Abgeordneter Hoernle, ich rufe Sie zur Ordnung!“

Herr Severing kann durch nichts belegen, daß die Kommunistische Partei zum 1. August einen Putsch machen will. Es ist sein Wunsch, daß es so sein soll, damit er die Kommunistische Partei verbieten kann. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Wir werden Herrn Severing diesen Gefallen nicht tun. Wir werden keinen Putsch unternehmen. Aber wir werden das Proletariat zur höchsten Form des Klassenkampfes organisieren, zum bewaffneten Aufstand, wenn die Zeit dafür herangereift sein wird (Beifall bei den Kommunisten.), und, Herr Severing, seien Sie versichert, Sie sind der beste Gehilfe für das Heranreifen dieser Situation. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.)

Ich verweise ferner auf alle Versuche, durch Schwindelnachrichten eine Pogromhetze gegen die Kommunistische Partei zu schaffen, zum Beispiel auf die Lüge, die verbreitet wurde, daß in Hannover von den Kommunisten Dynamit in das Lokal der Roten Hilfe gebracht worden sei. Es sind die Agenten, die von der Polizei unterhalten werden, die solchen Schwindel, solche Provokationen in die Welt setzen.

Herr Severing, wir kennen Sie mit all Ihrer scheinbaren Loyalität, mit der Sie versuchen, eine gerechte Amtsführung zu markieren. Wir kennen Sie, und wir wissen, Sie sind zugleich der Beauftragte der sozialdemokratischen Führung, um Ihr Amt zur

Niederschlagung der revolutionären Arbeiterschaft zu mißbrauchen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Nun, die Rede des Herrn Ministers hier hat zum Ausdruck gebracht, was er vorhat. Diese Weimarer Verfassung, die im nächsten Monat von der Sozialdemokratie, vom Reichsbanner gefeiert werden wird, enthält angebliche Rechte des Volkes. Aber der Minister Severing sieht keinen anderen Ausweg, um seine Herrschaft im Interesse der Bourgeoisie durchzuführen, als die Anwendung des Artikels 48 dieser Verfassung. Wie er die Gewerkschaften zu Streikbrecherorganisationen machen will, dadurch, daß sie die Aufgaben der Technischen Nothilfe übernehmen sollen, so will er mit dem Artikel 48 dieses Blutregime der deutschen Bourgeoisie aufrechterhalten, das niemals mit solcher Brutalität geführt wurde und niemals so große Opfer gekostet hat wie seit dem November 1918 unter Führung von Sozialdemokraten. Dieses Blutregime eines Noske, eines Hörsing, eines Severing soll jetzt seine Krönung finden in den unablässigen Provokationen . . .

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, Ihre Redezeit ist abgelaufen.“

um die Kommunistische Partei herauszulocken, um den Versuch zu machen, sie von den werktätigen Massen zu isolieren.

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, ich mache Sie noch einmal darauf aufmerksam, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist.“

Ich bin sofort fertig. — Aber, Herr Severing, wenn Sie noch einen kleinen Rest von den Empfindungen jener Klasse in sich haben, aus der Sie hervorgegangen sind, dann werden Sie wissen, daß durch solche Drohungen und Provokationen eine revolutionäre Partei nicht von den Massen isoliert werden kann. Die Masse wird niedergeschlagen werden, wenn sie nicht mit der revolutionären Partei geht, und sie wird siegen unter der Führung der Kommunistischen Partei.¹

¹ Die Sitzung wurde nach Mitternacht auf unbestimmte Zeit vertagt. Die nächste Sitzung fand am 30. November statt. Severing brachte beim Wiedersammentritt des Reichstages das Republikschutzgesetz erneut ein. *Die Red.*

4. Dezember 1929

Es ist wohl in diesem Hause noch nicht oft vorgekommen, daß die Regierung nicht den Mut findet, eine Gesetzesvorlage zu vertreten, auf die sie so großes Gewicht legt, wie aus den Ausführungen des sozialdemokratischen Innenministers Severing in den Verhandlungen dieses Sommers hervorgegangen ist. Ich will daraus schließen, daß die Regierung ihren Gesetzentwurf nicht begründen möchte und daß der Reichstag deshalb nichts Besseres tun kann, als diesen Wechselbalg so schnell wie möglich in den Orkus verschwinden zu lassen.

Das von dem sozialdemokratischen Reichsminister des Innern vorgelegte Gesetz ist ein Ausnahmegesetz schlimmster Art gegen die klassenbewußte, kämpfende Arbeiterschaft und ihre Führerin, die Kommunistische Partei. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten. — Lachen bei den Sozialdemokraten.) — Sie wissen ja, wen man am Lachen erkennt.

Es ist ein Kommunistengesetz, das in der Geschichte der Verfolgung der Arbeiterschaft in Deutschland nur noch in dem Bismarckschen Sozialistengesetz seinesgleichen hat. Der Verfasser des uns hier vorliegenden Gesetzes versucht, den Vater des Sozialistengesetzes zu kopieren, sowohl in der Brutalität gegenüber der Arbeiterschaft als auch in der Dienstbereitschaft gegenüber der Bourgeoisie, aber auch in der Ignoranz — Borniertheit darf man hier wohl nicht sagen — gegenüber den Ursachen und Bedingungen des Klassenkampfes der Arbeiterschaft und der geschichtlichen Entwicklung, die sich als Geschichte des Klassenkampfes und der Revolution erweist. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Er selbst verdankt seine Position einem revolutionären Akt der deutschen Arbeiterschaft, der die deutsche Republik brachte. Leider führten die deutschen Arbeiter die Revolution nicht bis zu Ende und nahmen den sozialdemokratischen Führern nicht ein für allemal die Möglichkeit, ihren Verrat an den deutschen Arbeitern fortzusetzen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Dafür werden die deutschen Arbeiter jetzt erneut mit diesem Ausnahmegesetz bedacht, das viele Tausende von ihnen in den Kerker bringen soll.

Dieses Gesetz ist viel schlimmer als das Bismarcksche Sozialistengesetz, das von Bebel im Reichstage als Schmach und Schande für das Deutsche Reich bezeichnet wurde. Ich sage, das Severingsche Kommunistengesetz ist eine Schmach und Schande für die Sozialdemokratie, aus deren Reihen sich die Bourgeoisie die Mietlinge für das Werk der Unterdrückung der Arbeiterklasse holt.

Doch sowenig es einem Bismarck gelang, mit seinem Gesetz die sozialistische Bewegung zu unterdrücken, sowenig wird dies der Bourgeoisie selbst mit Hilfe eines Severing gelingen. Der Klassenkampf der sozialistischen Bewegung, die proletarische Revolution, der Sturz des Kapitalismus, der Sieg der Arbeiterklasse sind unaufhaltsam.

Dieses Severingsche Ausnahmegesetz hat — wie alle anderen Unterdrückungs- und Knebelungsmaßnahmen, die von ihm in seiner bisherigen Laufbahn als Gendarm der deutschen Bourgeoisie gegen die Arbeiter unternommen wurden — seine Ursache in der wachsenden Krise des Kapitalismus und der sich aus dieser Krise ergebenden Verschärfung der sozialen Konflikte zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Das Bestreben der Bourgeoisie, die Krise durch vermehrte Ausbeutung und Ausplünderung der werktätigen Massen zu überwinden, wird durch den Youngplan^[38], durch das Industrieprogramm der Schwerindustrie^[39] und durch die Hilferdingsche Finanzreform^[40] zur Genüge gezeigt. Dieses Bestreben soll mit diesem Gesetz unterstützt werden.

Dem steht aber gegenüber die wachsende Radikalisierung der werktätigen Massen, die aus Enttäuschung und Erkenntnis geborene Abkehr von der verlogenen Lehre der Überbrückung der Klassengegensätze, ihr steigender Wille zu großen politischen Massenkämpfen und ihr sich daraus ergebender Zusammenprall mit der Staatsgewalt. In diesem Kampf werden die werktätigen Massen unter Führung der Kommunistischen Partei siegen.

Daß sich bei dieser Radikalisierung der Massen noch ein Teil der Arbeiterschaft infolge mangelnder Erkenntnis über den revolutionären Weg ihrer Befreiung und im guten Glauben an die sozialdemagogischen Phrasen den Nationalsozialisten zuwendet, ändert keineswegs etwas an der von mir gezeigten Entwicklung.

In diesen Tagen hat in Berlin der Reichskongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition^[41] stattgefunden. Er hat die Kampfentschlossenheit der werktätigen Massen gegen die wirtschaftliche Ausplünderung durch den Youngplan und das Industrieprogramm, gegen die politische Knebelung mit allem Nachdruck dargetan. Dieser Kampf der Arbeiter soll unterbunden werden, damit die Bourgeoisie ihre Ausplünderung der Massen durchsetzen kann. Geht das nicht mehr mit den Mitteln des Massenbetrugs, durch bürgerliche Demokratie, Presse, Wahlrecht und Weimarer Verfassung, dann greift sie zu Maßregelungen, Schlichtungszwang, Klassenjustiz, Verbot der Organisationen, Niederschießung der Arbeiter, zu blutigstem Terror, dann greift sie zum Erlaß solcher Ausnahmegesetze, die die Vorläufer der offenen faschistischen Diktatur gegen die Arbeiterklasse sind. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Das sind die politischen Voraussetzungen, von denen aus man an die Beurteilung dieses Ausnahmegesetzes herangehen muß. Die bürgerliche Demokratie ist bankrott, das Reden von ihr reicht nicht mehr zur Täuschung der Massen aus. Die Kapitalsherrschaft zur Steigerung des Profits ist nur noch möglich durch die brutale Unterdrückung der Massen. Der Schrei nach dem starken Mann ist die Vorbereitung der offenen faschistischen Diktatur, und darum das Severingsche Ausnahmegesetz.

Das soll verschleiert werden durch die Hinzufügung des bescheidenen Titels „zur Befriedung des politischen Lebens“. (Lachen bei den Kommunisten.) Der Titel „Gesetz zum Schutze der Republik“ genügt nicht mehr. Die Massen spüren es am eigenen Leibe, was die deutsche Republik ist: Ausbeutung, Ausplünderung, Knechtung, Massenelend, Selbstmorde aus Not, Massenerwerbslosigkeit, Bankrott der kleinen Geschäftsleute, Massenbetrug, Steuererhöhungen, Niederschlagung der Arbeiter, Zucht- haus für die Massen: das ist die deutsche Republik, für deren Schutz die Arbeiter nicht mehr zu gewinnen sind!

Aber nicht nur das. Bereicherung der herrschenden Klasse, Bildung von Trusten und Monopolen, Übertragung aller Lasten aus dem Youngplan auf die werktätigen Massen, Steuersenkung für die herrschende Klasse, Subventionen für die großen Truste, Vorbereitung neuer Kriege, Korruption: Das ist die deutsche

kapitalistische Republik. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) An dieser kapitalistischen Republik verlieren die Massen nicht nur das Interesse, sondern treten ihr gegenüber in offene Feindschaft. Sie wollen ihre Beseitigung, wollen sie ersetzt wissen durch die sozialistische Republik, durch die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats. Diese Diktatur der faschistischen Diktatur gegenüberzusetzen ist das Ziel der kämpfenden Arbeiterklasse.

Die durch die wirtschaftliche und politische Entwicklung immer mehr wachsende Feindschaft der Massen gegen diese Republik — eine Feindschaft, von der sogar die Nazis und die Deutschenationalen zu profitieren suchen, obwohl es doch ihre Republik ist — kann auch durch die Sozialdemokratie nicht mehr aufgehalten werden, selbst nicht mit der famosen Weimarer Verfassung, in die man das Gegenteil dessen hineingeschrieben hat, was man von Anfang an zu tun gewillt war. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)

Jetzt also will man zu brutalen Gewaltakten greifen. Die sozialdemokratischen Führer reden zur Täuschung der Massen wohl hin und wieder vom Sozialismus, aber sie fördern den offenen Faschismus. Darum auch kennzeichnen wir ihre Politik als Sozialfaschismus. Typisch dafür sind die Ausführungen des sozialdemokratischen Redners in der Reichstagssitzung vom 21. Juni. Er sagte, die Sozialdemokraten wollten die Liebe der Massen zur Republik gewinnen durch ihren Kampf für die Umwandlung der kapitalistischen in eine sozialistische Republik, darum würden sie im Interesse der Arbeiter mit den Vertretern der Schwerindustrie zusammen für das Republikenschutzgesetz stimmen. Daß sich dieser Redner noch zur sogenannten Linken rechnet, kennzeichnet im besonderen die Rolle der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Das Trifolium der sozialdemokratischen Innenminister im Reich und in Preußen und des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten von Berlin verkörpert mit seinen Taten die Aufgabe, die die deutsche Bourgeoisie den sozialdemokratischen Führern zugewiesen hat, weil sie sich selbst nicht traut, diese Aufgabe durchzuführen, nämlich die Aufgabe der Niederschlagung der kämpfenden Arbeiter. Das ist allerdings eine schwere Aufgabe, weil die Arbeiter sich nicht nur zur Wehr setzen, sondern bei der

Durchführung dieser Aufgabe sich immer mehr von der Sozialdemokratie lösen. Sie erkennen die Verräterei, die an ihnen verübt wird. Mit diesem Verlust von Arbeitern wird aber die Sozialdemokratie für die Bourgeoisie wertlos. Deshalb suchen die SPD-Führer die Massen über ihre verbrecherische Politik gegenüber dem Proletariat zu täuschen. Darum auch die Bezeichnung dieses Ausnahmegesetzes mit dem Zusatz „zur Befriedung des politischen Lebens“.

Wie diese „Befriedung“ durch die sozialdemokratischen Führer aussieht, demonstriert uns der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Herr Zörgiebel, durch seine fortgesetzten Polizeiüberfälle auf die demonstrierenden Arbeiter. Das hat er am 1. Mai durch die Erschießung von 33 Arbeitern bewiesen. Das zeigt der sozialdemokratische Polizeipräsident von Duisburg, der eine Arbeiterversammlung überfällt, die Arbeiter aus der Versammlung herausprügelt. Das zeigen uns alle diese sozialdemokratischen Führer, die von der Bourgeoisie für würdig befunden werden, den Polizeiknüppel gegen die Arbeiterschaft zu dirigieren. Das zeigen die Massenverhaftungen von RFB-Kameraden, das zeigen die Verhaftungen von Streikleitungen und Streikposten.

Wollte man einen Zusatz zu dem Titel des Gesetzes haben, so sollte man hinzusetzen: „zur Befriedung bei der Ausplünderung der werktätigen Massen.“ („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Die Massen sollen am Kampf gehindert, die Bourgeoisie soll begünstigt werden. Das nennt die Sozialdemokratie „Befriedung des politischen Lebens“.

Welchen Zweck dieses Gesetz haben soll, hat Severing in einer schwachen Stunde selbst deutlich dargelegt. Diese Schwäche bestand darin, daß er sich in der Sitzung vom 27. Juni ärgerte, weil die beantragte Verlängerung des Gesetzes nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit fand. In seinem Ärger wurde er unvorsichtig und ließ seine Absicht erkennen, weshalb er solches Gewicht auf dieses „Schutzgesetz“ legt. Die Wirtschaftspartei versagte damals ihre Zustimmung. Darauf zog Severing gegen sie zu Felde und zieh den Abgeordneten Drewitz der Undankbarkeit. Drewitz sei 1923 zu Severing als preußischem Polizeiminister gekommen und habe sein Eingreifen gegen die Kontrollausschüsse der Ar-

beiterschaft¹ gefordert, die damals gegen den Preiswucher während der Inflationsperiode eingesetzt wurden. Severing erklärte, daß er, gestützt auf das Republikenschutzgesetz, seine polizeilichen Maßnahmen gegen die Arbeiterschaft zur Unterdrückung der Kontrollausschüsse und der Hundertschaften ergriffen habe. Er sagte:

Herr Abgeordneter Drewitz, Sie können sich nicht darauf berufen, daß sich die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse so weit konsolidiert hätten, daß heute ein solcher Appell an die Staatsgewalt wie damals nicht mehr erforderlich sei.

Damit sagte Herr Severing, was der Kern seines Gesetzes ist. Die Wirtschaftskrise wächst, die Arbeiter werden unruhig, setzen sich dagegen zur Wehr. Darum will Severing ein Republikenschutzgesetz haben, um so wie 1923, gestützt auf dieses Gesetz, die Arbeiter an der Verfechtung ihrer Lebensinteressen zu hindern und um sie und ihre Führung, die KPD, niederzuschlagen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Das ist der eigentliche Sinn dieses Gesetzes. Es ist ein Ausnahmegesetz nur gegen die Arbeiter, nur gegen die Kommunisten. Zum Beweis dafür noch die folgende Tatsache. Herr Severing hat sich von dem Vertreter einer sozialdemokratischen Zeitung in Norwegen interviewen lassen. Dort erklärte er:

Die Deutschnationale Volkspartei, die Nationalsozialisten und der Stahlhelm stellten keine unmittelbare Gefahr für den Bestand der Republik dar. Die Machtmittel der Republik seien stark genug, um jeden gewaltsamen Anschlag im Keime zu ersticken.

Wenn also die Rechtsparteien keine Gefahr für die Republik sind, gegen wen wird dann das Republikenschutzgesetz geschaffen? Dann eben ausgesprochen zu dem alleinigen Zweck, die Bourgeoisie zu schützen vor dem Ansturm der werktätigen Massen. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.) Es ist ein Ausnahmegesetz nur gegen die linksgerichtete Arbeiterschaft, nur gegen die Kommunisten.

Mit dem Gesetz soll das durchgeführt werden, was nur bei Ausschaltung der verfassungsmäßigen Rechte durch die Verhängung

¹ In der Inflationszeit von der Arbeiterschaft und von Hausfrauen gebildete Organe zur Unterbindung des Preiswuchers. *Die Red.*

des Belagerungszustandes möglich wäre. Um es vorweg zu sagen: Das Gesetz enthält eine Reihe verfassungsändernder Bestimmungen, für die eine Zweidrittelmehrheit in diesem Hause erforderlich ist. Aber Sie werden sich nicht an Ihre Verfassung halten — die ist zu einem ganz anderen Zweck geschaffen worden.

Severing hat in der Reichstagssitzung vom 27. Juni den starken Mann markiert. Er sagte, wenn auch das Republikschutzgesetz — als Waffe in Form eines Spezialgesetzes — gefallen sei, so böte die Verfassung noch Waffen, die das Reich vor Gefahren schützen. Das sei die Anwendung des Artikels 48, den er als eine ständige Bedrohung der Rechte der deutschen Staatsbürger bezeichnete; er wolle diese Waffe nicht durch häufige Anwendung stumpf machen. Ich weiß nicht, ob er dabei an das Wort des italienischen Staatsmannes Cavour gedacht hat, der gesagt haben soll, daß mit dem Belagerungszustand jeder Esel regieren könne. (Abgeordneter Heckert: „Das haben schon viele Esel in Deutschland bewiesen!“) Vielleicht will er auch nicht seinem Rufe, ein kluger Mann zu sein, Abbruch tun.

Übrigens wird Herr Severing auch von der Bourgeoisie an der Verhängung des ständigen Belagerungszustandes gehindert, weil so etwas für ihre Geschäfte mit dem Ausland nicht zuträglich ist. Auf jeden Fall aber will Herr Severing mit dem Gesetz die gleiche Wirkung erzielen wie mit dem Belagerungszustand. Das Gesetz ist als Ersatz für den Belagerungszustand gedacht, und so sollen es die Gerichte auch benutzen.

Wenn ich jetzt die Verfassung als Beweis heranziehe, so will ich damit nur zeigen, wie Sie selbst mit Ihrer Verfassung umspringen. In der Verfassung ist gewährleistet: nach Artikel 114 die Unverletzlichkeit der Freiheit der Person, nach Artikel 115 die Unverletzlichkeit der Wohnung, nach Artikel 117 das Brief-, Telegraphen- und Telefongeheimnis, nach Artikel 118 die Rede- und Pressefreiheit, nach Artikel 123 die Versammlungsfreiheit, nach Artikel 124 die Vereinsfreiheit, nach Artikel 153 das Eigentumsrecht, nach Artikel 159 das Koalitionsrecht.

Das Wort Freiheit wird in der Weimarer Verfassung so auffällig oft gebraucht, daß wir Kommunisten damals schon erklärt haben, welchem Zweck diese Betonung der Freiheit dient, nämlich der Verhüllung der Knechtschaft. („Sehr wahr!“ bei den Kom-

munisten.) Das Recht der wirtschaftlichen Koalition soll sogar bei der Anwendung des Artikels 48 nicht eingeschränkt werden. Die übrigen Bestimmungen können durch den Artikel 48 ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt werden. Es ist aber verfassungswidrig, diese Rechte durch ein Gesetz, wie das vorliegende, einzuschränken oder sogar dauernd außer Kraft zu setzen. (Abgeordneter Dittmann: „Wie Sie sich für die Verfassung einsetzen!“) — Herr Dittmann! Sie scheinen vorübergehend zu schlafen, sonst hätten Sie gehört, daß ich gesagt habe: Ich führe die Verfassung nur deshalb an, um zu zeigen, wie Sie selber Schindluder mit ihr treiben.

Das soll durch das Gesetz geschehen, obwohl in der Begründung behauptet wird, daß es keine verfassungsändernden Bestimmungen enthalte. Die Regierung schreibt das, und die Reichsboten¹ und die Bevölkerung haben es zu glauben, wenn es auch nicht stimmt.

Ich beginne mit dem § 9 des Gesetzes, wonach Versammlungen in geschlossenen Räumen durch Beauftragte der Polizei aufgelöst werden können. Das setzt voraus, daß schon jetzt eingeführt wird, was der Herzenswunsch des Herrn Severing bei seinem geplanten Vereins- und Versammlungsrecht ist. Das hat er aus der Puttkamerschen Periode der Vorkriegszeit kopiert, daß in jeder Arbeiterversammlung wieder der Schutzmann mit seinem Helm auf der Bühne sitzen soll und — gefallen ihm Ausführungen des Referenten oder eines Diskussionsredners nicht — er sich seinen Kübel auf den Kopf stülpt und die Versammlung für aufgelöst erklärt. Das soll mit diesem Paragraphen bereits in die Wirklichkeit umgesetzt werden. Es soll in das Belieben jedes Schutzmanns gestellt sein, die Versammlung aufzulösen.

Nun hat Severing bei der Begründung dieses Paragraphen geglaubt, einen Witz machen zu müssen, indem er — natürlich um nur um die Verfassungsänderung herumzukommen — sagt: In der Verfassung steht nur, daß friedliche Versammlungen erlaubt sind; man braucht also nur festzustellen, daß eine Versammlung „unfriedlich“ ist, dann kann sie verboten werden; also ist das keine Änderung der Verfassung. Ich muß gestehen, ich traue Herrn Severing viel Witz zu, aber hier handelt es sich um eine Verhöhnung der Arbeiterschaft. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

¹ Gemeint sind die Reichstagsabgeordneten. *Die Red.*

Der Schutzmann soll entscheiden, ob die Ausführungen eines Redners friedlich sind oder nicht; denn es sind gar keine einschränkenden Bestimmungen getroffen, daß etwa die Nichtfriedlichkeit erst dadurch dokumentiert werden muß, daß man sich gegenseitig prügelt. Hier wird es einfach in das Belieben des Schutzmanns gestellt, daß er Ausführungen des Redners als unfriedlich, als Aufhetzung usw. bezeichnet. Ich möchte den Schutzmann sehen, der in eine Arbeiterversammlung kommt und nicht in den Ausführungen der Redner, die gegen die Bourgeoisie Stellung nehmen, unfriedliche Ausführungen sieht. Er würde sofort von Herrn Severing seines Amtes enthoben werden, weil er die Abhaltung einer Arbeiterversammlung nicht verhindert hat.

Der § 10 hebt die Vereinsfreiheit auf, indem er die Möglichkeit gibt, die Vereine aufzulösen. Die obersten Landesbehörden entscheiden, welche Vereine sie auflösen wollen. Es ist ganz klar, daß diese Bestimmung gegen die Bestimmung im Artikel 124 der Verfassung verstößt. Wollen Sie diese Rechte aufheben — was ja Ihre Absicht ist —, dann bringen Sie auch den Mut auf, Ihre Weimarer Verfassung mit diesen Diktaturbestimmungen entsprechend auszustatten, aber erwecken Sie nicht den Schein, als ob es in Deutschland Freiheiten gäbe. Wenn man sie gebraucht, wird das als Mißbrauch bezeichnet und mit hohen Strafen vorgegangen.

Der § 11 sieht die Beschlagnahme und Einziehung des Vermögens der aufgelösten Vereine vor. Zweifellos ein Verstoß gegen den Artikel 153 der Verfassung, wonach eine Enteignung nur durch ein besonderes Gesetz möglich ist. Allerdings liest man dort auch die Phrase, daß das Vermögen zum Wohle der Allgemeinheit enteignet werden soll. Jedenfalls steht fest, daß auch dieser Paragraph des Gesetzes eine Verletzung der Verfassung ist und nur Rechtskraft erlangen kann, wenn die dafür erforderliche Zweidrittelmehrheit zusammengebracht wird.

Ebenso unzweifelhaft verfassungsändernd sind die §§ 13, 14 und 15 dieses Gesetzes über die vorgesehenen Verbote von Zeitungen und Zeitschriften. Der Artikel 118, der die Pressefreiheit gewährleistet, wird einfach beseitigt. Damit wird auch zum Ausdruck gebracht, daß durch das Gesetz mehr erreicht werden soll, als man in seinem Titel zum Ausdruck bringt.

Selbst vor dem durch den Belagerungszustand nicht einschränk-
baren Artikel 159, betreffend die Bildung von wirtschaftlichen
Organisationen, soll nicht haltgemacht werden. Bei der Entwick-
lung der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, aus ihrem
Streikbruch und ihrer Spaltung der Massenorganisationen er-
wächst die Notwendigkeit, revolutionäre Gewerkschaftsorgani-
sationen zu bilden. Severing legt es bei seinem Gesetz darauf an,
solche revolutionären Gewerkschaftsorganisationen durch ihre
Auflösung zu verhindern. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.)
Von unerhörter Wirkung sind die in den §§ 5 und 6 vorgesehe-
nen Strafen für Beteiligung an angeblich geheimen oder staats-
feindlichen Verbindungen, für die Herabwürdigung der Staats-
form, der Minister und der Farben der Republik, für die Be-
schimpfung verstorbener Reichspräsidenten und Minister, für die
Verherrlichung oder Billigung von Hochverrat oder von Gewalt-
tätigkeiten.

Das sind die Henkerparagrafen, die schon im alten Gesetz
von den Blutrichtern der Republik zu den unerhörtesten Urteils-
sprüchen benutzt worden sind, so daß sich sogar bürgerliche
Rechtskundige mit Protest dagegen gewandt haben. (Abgeord-
neter Dr. Rosenfeld: „Einen Tag Gefängnis!“) — Da Herr Rosen-
feld darauf hinweist, daß im Gesetz nur mit einem Tag Gefäng-
nis begonnen wird, mache ich darauf aufmerksam, daß er über-
sieht, daß im § 1 von Zuchthausstrafen bis zu zehn Jahren die
Rede ist. Daß aber in den anderen Paragraphen auf Gefängnis
nicht unter drei Monaten, also in beliebiger Höhe darüber hinaus,
erkannt werden kann, spielt für Herrn Rosenfeld keine Rolle.
Wenn Herr Rosenfeld einmal das Pech haben sollte, etwa wegen
Verletzung des Republikschutzgesetzes vor das Reichsgericht zu
kommen, dann wird er sicher nur einen Tag bekommen. Wenn das
aber einem revolutionären Arbeiter passiert, wird er fünf Jahre
und mehr bekommen.

Der Abgeordnete Dr. Rosenfeld hat auch in den Beratungen
im Juni gesagt: Was wollt ihr Kommunisten denn eigentlich?
Der Reichstag und der Minister Severing sind doch nicht daran
schuld, daß so unerhörte Urteile gefällt werden. Daran ist die
Handhabung des Gesetzes durch die Richter schuld.

Den Richtern wurde dieses Gesetz gegeben, damit sie solche

Zuchthausstrafen verhängen, gegen die zwar auch Herr Rosenfeld gesprochen hat — natürlich nur zu dem Zweck, die Arbeiter abzulenken. Sie (Zu den Sozialdemokraten.) tun nicht das geringste dagegen, daß dieses Gesetz in der barbarischsten Weise gegen die Arbeiter angewandt wird. Darüber helfen auch die Reden eines Kurt Rosenfeld nicht hinweg. Es ist die Rolle der sogenannten Linken in der Sozialdemokratie, alle diese Schandtaten, die von der Sozialdemokratie gegen die Arbeiterschaft begangen werden, abzuschwächen und zu beschönigen. (Abgeordneter Dr. Rosenfeld: „Wir wollen nur die Wahrheit sagen!“) — Sie sind mir schöne Wahrheitsfreunde! Ihr Hintermann ist Herr Künstler, der die Lüge von den von der KPD beabsichtigten 200 Toten zum 1. Mai erfunden und verbreitet hat.

Durch dieses Gesetz soll jede Funktionäertätigkeit in der KPD als staatsfeindliche Handlung bestraft werden. Severing hat die Bestimmungen des alten Gesetzes nicht nur übernommen, sie unterscheiden sich von den §§ 7 und 8 des alten Republiksschutzgesetzes dadurch, daß sie noch verschärft worden sind. Man hat sogar den Obmann einer Mieterorganisation auf Grund des alten Gesetzes bestraft, weil man seine Tätigkeit als eine Vorbereitung zum Hochverrat angesehen hat. (Abgeordneter Dr. Rosenfeld: „Das ist lange her!“) — Aber die Tatsache besteht, und sie wird durch die lange Zeit nicht aus der Welt geschafft. (Abgeordneter Dr. Rosenfeld: „Das Gesetz ist inzwischen geändert worden!“) — Das Gesetz ist verschärft worden. — Die Aufforderung zum Eintritt in die Kommunistische Partei ist als Vorbereitung zum Hochverrat angesehen und bestraft worden. Wenn Herr Rosenfeld das Vertrauen zu den Blutrichtern der kapitalistischen Republik hat, daß sie auf Grund dieses Gesetzes mildere Urteile fällen werden, dann wünsche ich, daß er sich dafür einmal vor den Arbeitern verantworten muß.

Mit diesen Schandparagraphen, die hier in das neue Gesetz übernommen und sogar noch verschärft wurden, sind in den sieben Jahren des Bestehens des alten Gesetzes 15 000 Verfolgungen und Prozesse gegen linksgerichtete Arbeiter unternommen worden. Mehr als 7000 Arbeiter sind zu über 5000 Jahren Zuchthaus, Gefängnis und Festung verurteilt worden. Allein wegen der Oktobervorgänge 1923 sind von dem Staatsgerichtshof 863 Arbeiter

zu 689 Jahren Zuchthaus, 652 Jahren Festung und 540 Jahren Gefängnis verurteilt worden. („Hört! Hört!“ bei den Kommunisten.) Dazu kommen die 1000 Verurteilungen durch das Sondergericht in Hamburg. Unberücksichtigt sind dabei die Tausende von Jahren, die an Untersuchungshaft gegen Arbeiter verhängt worden sind.

Nach der Zusammenstellung der Reichskriminalstatistik und den Ausführungen des Justizministers im Rechtsausschuß im Sommer dieses Jahres steht fest, daß wegen dieser beiden Schandparagraphen allein 1600 Verurteilungen erfolgt sind. Man hütet sich, die Höhe der Strafen anzugeben. Ferner mußten 403 Freisprechungen erfolgen, weil kein Material zur Verurteilung vorlag. Man hütet sich ferner, anzugeben, wieviel Jahre diejenigen, die freigesprochen werden mußten, in Untersuchungshaft gesessen haben. Das ist auch eine Methode, Arbeiter zu bestrafen, wenn man weiß, daß man sie nicht verurteilen kann. Dann zieht man die Untersuchungshaft jahrelang hin, um sich damit wenigstens an der Arbeiterschaft zu rächen.

Diesen Zahlen gegenüber verblassen die Strafen, die während des Sozialistengesetzes verhängt wurden. Damals sind in den 12 Jahren etwa 1500 Personen zu 1000 Jahren Kerker verurteilt worden, eine unerhörte Maßnahme gegenüber der Arbeiterschaft. Aber das, was heute unter Verantwortung von sozialdemokratischen Ministern und durch Mitarbeit von sozialdemokratischen Richtern am Staatsgerichtshof an Strafen verhängt worden ist, übersteigt weit das Drei- und Vierfache dieser Verurteilungen während des Sozialistengesetzes. (Zustimmung bei den Kommunisten.)

Herr Severing, ich frage Sie: Genügen Ihnen denn diese Blutopfer noch nicht, die auf Grund Ihres Regimes bereits unter dem alten Gesetz zu verzeichnen sind? Sie sind wieder fromm geworden, fromm gegenüber der Bourgeoisie, fromm aber auch gegenüber der Kirche. Sie müssen als religiöser Mensch an das Fortleben der gestorbenen Geister glauben. Steigen in Ihren Träumen nicht die ungeheuren Heerscharen der unter Ihrem Regime in Deutschland erschlagenen Arbeiter auf, die von Rheinland-Westfalen im März 1920, die von Mitteldeutschland, die im März 1921 ermordet wurden? Hören Sie nicht die Schreie der in den

Kerkern zugrunde gerichteten Arbeiter und die ihrer Familien? Jetzt wollen Sie durch dieses Schandgesetz neue Blutarbeit am Proletariat verrichten! Herr Severing, bleiben Sie dem Proletariat vom Leibe mit Ihren öligen Phrasen von der „Befriedung des Lebens“. Sie waren früher einmal Marxist, Sie sind heute Sozialdemokrat. Der Name Sozialdemokrat ist infolge der Politik der sozialdemokratischen Führer kein Ehrenname mehr in der Arbeiterschaft. Ich will damit nicht die Arbeiter in der SPD herabsetzen, die heute noch an ihre Führer und an die Sozialdemokratie glauben. Aber der Name Sozialdemokratie ist durch die Politik der Führer zu einem Schandmal in der Arbeiterschaft geworden. Sie wissen aus den Schriften von Marx und Engels — sofern Sie davon überhaupt etwas verstehen —, welches die Ursachen und Bedingungen der revolutionären Bewegung sind. Die Arbeiterschaft muß, will sie nicht zugrunde gehen, der Gewalt der Bourgeoisie die Gewalt des Proletariats entgegensetzen. Es steht zur Entscheidung: Untergang in die Barbarei oder Sieg des Sozialismus.

Der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist kein friedlicher, er wird von der Bourgeoisie mit den brutalsten Mitteln geführt. Die Friedhöfe in Deutschland sprechen eine deutliche Sprache. Severing will aber die Arbeiterschaft hindern, diesen Kampf mit den gleichen Mitteln zu führen, wie sie die Bourgeoisie gegen die Arbeiterschaft anwendet. Er will die Arbeiterschaft durch sein Gesetz hindern, ihren Kampf siegreich zu Ende zu führen. Darum sein Haß gegen die Kommunisten, darum sein Haß gegen die Sowjetunion, darum sein Gesetz für den Schutz der deutschen Bourgeoisie. Severing will für die Wirkung, die der Klassenkampf der Bourgeoisie hervorruft, die Arbeiter bestrafen.

Wer züchtet denn die Staatsfeindlichkeit? Das sind die Maßnahmen der Regierung. Das sind die Gummiknüppelgarden sozialdemokratischer Polizeipräsidenten. Das sind die Kapitalisten, die um des Profites willen Arbeitermassen auf die Straße werfen — die Kapitalisten, die den kleinen Gewerbetreibenden zugrunde richten, die die Existenzunsicherheit in die breiten Massen des werktätigen Volkes hineintragen. Auch mit diesem Gesetz wird nicht etwa die Liebe zur Republik, sondern noch größere Feindschaft gegen sie hervorgerufen.

Wenn schon ein Gesetz gegen staatsfeindliche Handlungen gemacht werden soll, wenn die Zuchthäuser und Gefängnisse gefüllt werden sollen, dann hinein mit allen denen, die arbeiterfeindliche Politik treiben, die Arbeiter ausplündern und knechten. („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.) Niemand wird den revolutionären Befreiungskampf der Arbeiter aufhalten oder etwa die KPD vernichten; das ist ein vergebliches Beginnen. Aber unerhörte Opfer können Sie den Arbeitern wegen dieses Kampfes durch dieses Gesetz und durch die Polizeimaßnahmen auferlegen. Auch diese Opfer wird das Proletariat bringen und in seinem Kampfe keinen Schritt zurückweichen. („Sehr wahr!“ bei den Kommunisten.) Es gibt für das Proletariat nur einen Weg zur Befreiung, die Revolution. Darin muß es dem Beispiel der russischen Arbeiter folgen und auch in Deutschland, um den Aufbau des Sozialismus zu ermöglichen, die proletarische Diktatur errichten. Das ist die Aufgabe, die vom Proletariat gelöst werden muß.

Wir rufen den deutschen Arbeitern das zu, was ein in der alten Sozialdemokratie sehr bekannter Führer im Jahre 1882 aus Anlaß der Verlängerung des Sozialistengesetzes in der verbotenen Zeitung der Sozialdemokratie, im „Sozialdemokrat“, geschrieben hat:

Sagen wir offen und steifnackig unseren Feinden: Jawohl, wir sind „staatsgefährlich“; denn wir wollen euch vernichten. Jawohl, wir sind Feinde eures Eigentums, eurer Ehe, eurer Religion, eurer ganzen „Ordnung“. Jawohl, wir sind Revolutionäre und Kommunisten. Jawohl, wir werden der Gewalt mit Gewalt begegnen. Jawohl, wir glauben fest an eine baldige Umwälzung und Befreiung. Wir hoffen auf sie und bereiten uns durch geheime Organisation und Agitation und alles, was eure „Gesetze“ verbieten und was uns gut dünkt, auf dieselbe nach Kräften vor.

Der Mann, der das geschrieben hat, war Georg von Vollmar, jedenfalls einer, der nicht zu den Radikalsten gehört hat. Über diesen Artikel schrieb Friedrich Engels, Vollmar scheint „sich sehr herausgemacht zu haben. Es sollte mich freuen, wenn dies

sich auch sonst bestätigte, wir können tüchtige Leute verdammt gut brauchen."¹

Wir rufen den deutschen Arbeitern auch zu, was der deutsche Parteivorstand im Jahre 1880 nach dem Wydener Kongreß² in seinem Aufruf an die Arbeiter entgegen dem Bismarckschen Verbot der sozialdemokratischen Organisation, ihrer Zeitungen und Geldsammlungen schrieb:

Unter diesen Bedingungen ist jedes Mittel recht, das Erfolg sichert . . . Also organisiert euch, einerlei wie! Also Organisation allüberall bis in den entlegensten Ort, wo wir Anhänger haben, und unter jeder denkbaren Form; das ist das erste Gebot. Das zweite ist: unermüdliche Agitation für die Verbreitung unseres Zentralorgans, des „Sozialdemokrat“, durch Gewinnung neuer Leser und Abonnenten . . . Das dritte Gebot ist: das beständige Sammeln von Geldern für Agitations- und Unterstützungszwecke an jedem Ort und in jeder Form . . . Zum Kriegführen gehört Geld . . .

Alles zu übertreten, was durch das Gesetz verboten war, dazu rief der Vorstand der damaligen Sozialdemokratischen Partei auf.

Herr Severing, Sie wollen uns Kommunisten heute bestrafen, weil wir das tun, wozu in der alten Sozialdemokratie die Führer entgegen dem Bismarckschen Gesetz und Verbot aufriefen. Wir werden so handeln, weil es unsere revolutionäre Pflicht ist. Wie der alte Bracke 1878 der Mehrheit im Reichstag zurief: Wir pfeifen auf das Gesetz! — er soll sogar für pfeifen einen drastischen Ausdruck für eine entgegengesetzte Körperfunktion gebraucht haben —, so rufen wir Ihnen zu: Wir werden unsere revolutionäre Pflicht tun, ob Sie das Gesetz annehmen oder nicht.

Der Arbeiterschaft rufen wir zu: Trotz des Severingschen Ausnahmegesetzes — hinein in die revolutionäre Front gegen die Kapitalsoffensive, gegen die ganze Meute der Arbeiterfeinde,

¹ Karl Marx/Friedrich Engels, „Briefe an A. Bebel, W. Liebknecht, K. Kautsky und andere“, Moskau-Leningrad 1933, S. 273. *Die Red.*

² Im August 1880 tagte in Wyden in der Schweiz illegal die durch das Bismarcksche Sozialistengesetz verbotene Sozialdemokratische Arbeiterpartei Deutschlands. *Die Red.*

gegen die faschistische Diktatur, zur Verteidigung der Rechte der Arbeiter, zur Verteidigung der Sowjetunion! (Bravorufe bei den Kommunisten. — Zurufe.) Wir rufen den Arbeitern zu: Setzt die Beschlüsse des Kongresses der revolutionären Gewerkschaftsopposition in die Tat um! Revolutionäre Massen, kämpft für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und für den Sturz des Kapitalismus, für die Aufrichtung der proletarischen Diktatur! Organisiert den Massenkampf zur Vernichtung dieses Ausnahmegesetzes! Zerreißt durch die revolutionäre Aktion den Youngplan! Vernichtet alle Anschläge, die gegen die Arbeiter unternommen werden.¹

III

4. Dezember 1929

Ich erhebe für meine Fraktion den schärfsten Protest gegen die hier vorgenommenen Ausschlüsse der Kommunisten. Besser konnte der Charakter dieses Ausnahmegesetzes nicht dokumentiert und dargelegt werden als durch die Maßnahmen, die hier in diesem Saal von dem Präsidenten gegen die Kommunisten ergriffen worden sind. Wir haben unserem Protest gegen dieses Gesetz und gegen seinen Verfasser Ausdruck gegeben, einem Protest, der von den breiten Arbeitermassen durchaus verstanden und unterstützt wird.

Herr Severing suchte nachträglich noch nach einer Begründung für sein Gesetz, indem er behauptete, unser Auftreten hier hätte am besten die Berechtigung und Notwendigkeit des Gesetzes er-

¹ Nach Wilhelm Pieck sprach ein Deutschnationaler. Dann ergriff Severing abermals das Wort, von den Kommunisten mit stürmischen Protestrufen empfangen. Sie warfen ihm seine Schuld an zahlreichen Arbeitermorden vor. Severing konnte sich gegen die Obstruktion der Kommunisten nicht durchsetzen. Der Vizepräsident setzte die Geschäftsordnungsguillotine in Gang. 25 von 54 kommunistischen Abgeordneten wurden, zum Teil gleich gruppenweise, von der Sitzung ausgeschlossen, in drei Fällen auf 8 Tage, in einem Falle sogar auf 20 Tage. Fünfmal mußte die Sitzung unterbrochen werden. Vergleiche S. 485/486 des vorliegenden Bandes. *Die Red.*

geben. Das ist also die Bestätigung, daß es ein Antikommunistengesetz ist. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

Herr Severing sagte ferner, daß die Kontrollausschüsse, wie sie im Jahre 1923 entstanden sind, sich nur gegen die wirtschaftlich Schwachen, den gewerbetreibenden Mittelstand gewandt und nicht den Mut gefunden hätten, gegen die Grossisten vorzugehen. Soll das von dem Reichsinnenminister eine Aufforderung sein? Aber die Kontrollausschüsse haben schon den Mut gefunden, auch an die Grossisten heranzugehen. Die Kontrollausschüsse haben zum Teil auch die Unterstützung der Gewerkschaften gefunden. Wenn Severing einen Vorwurf gegen die Kontrollausschüsse erhebt, so erhebt er ihn gleichzeitig gegen die Gewerkschaften, die die Kontrollausschüsse damals unterstützt haben.

Severing hat in der mündlichen Begründung seines Gesetzes unter Hinweis auf die Sowjetunion erklärt, wir Kommunisten hätten kein Recht, über Gewalt zu klagen. Ich habe schon gesagt: Früher haben auch die Sozialdemokraten etwas vom Marxismus gewußt. Doch diese Kenntnisse sind längst zum Teufel gegangen. Herr Severing kann bei Marx und Engels lesen und lernen, daß zwischen dem Arbeiterstaat und dem kapitalistischen Staat ein unüberbrückbarer Gegensatz besteht. Beide sind ebenso unvereinbar wie Bourgeoisie und Proletariat. Der Arbeiterstaat muß zur Verteidigung der arbeitenden Schichten energische Maßnahmen gegen alle konterrevolutionären Anschläge ergreifen. Wir bestreiten aber dem kapitalistischen Staat das Recht, die Staatsgewalt gegen die überwältigende Mehrheit der werktätigen Massen anzuwenden und einzusetzen. Darin kennzeichnet sich die Politik der sozialdemokratischen Führer, daß gerade sie die Staatsgewalt gegen die werktätigen Massen zum Schutz der Bourgeoisie anwenden. Darin liegt der Verrat an den Interessen der Arbeiter. Herr Severing lehnt die Gewalt und ihre Anwendung ab, er gibt sich als der friedfertigste Mensch von der Welt, aber seine Polizeimaßnahmen sprechen dagegen. Herr Severing könnte wissen, daß Marx geschrieben hat, die Gewalt ist die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Die heutige Gesellschaft ist hochschwanger, mit aller Macht drängt das Proletariat hervor, um die neue Gesellschaft

zu errichten, und es wird trotz Severing, trotz Deutschnationalen und trotz Nazis den Sieg erringen. (Zuruf von den Sozialdemokraten: „Das gibt eine nette Mißgeburt!“) — Daß Sie den Arbeiterstaat als Mißgeburt bezeichnen, werden wir Kommunisten der Arbeiterschaft zur Kenntnis bringen. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten.) Das Verbot des Roten Frontkämpferbundes hat Herr Severing mit den Bestimmungen des Versailler Vertrags begründet, die militärisch aufgezogene Organisationen nicht gestatten. Dabei weiß Herr Severing genau, daß das Reichsbanner und der Stahlhelm die gleiche Organisationsform wie der Rote Frontkämpferbund haben. Es ist also eine völlig einseitige Maßnahme Severings, den Roten Frontkämpferbund mit einer solchen Begründung zu verbieten, gegen die der Staatsgerichtshof nicht angerufen werden kann. Das war einzig und allein die Ursache, die ihm den Mut gab, eine solche Formulierung für sein Verbot zu finden. Der tiefere Grund für das Verbot liegt darin, die Kampffront der Arbeiter gegen den Faschismus und die faschistische Diktatur zu schwächen. Die sozialdemokratischen Führer haben das Bündnis mit der Bourgeoisie geschlossen, um den Bolschewismus und damit den Sieg der Arbeiterklasse zu verhindern.

Der Sozialismus und der Umschwung von der kapitalistischen zur sozialistischen Republik wird sich nicht auf dem Wege vollziehen, wie ihn Karlchen Miesnick in einer Broschüre dargelegt hat, in der es heißt:

Man sagt, die Kommunisten verwerfen die demokratische Verfassung und wünschen eine der russischen nachgebildete Sowjetverfassung. Wie kommen sie auf verfassungsmäßigem Wege dazu? Sie arbeiten einen Verfassungsentwurf aus. Wenn die Mehrheit im Volksentscheid zustimmt, ist der Entwurf Gesetz. Die alte Verfassung existiert nicht mehr, eine neue ist an ihre Stelle getreten. So könnte Deutschland in eine Sowjetrepublik umgewandelt werden auf dem Boden der Verfassung. Die Anwendung von Gewaltmitteln ist dazu vollkommen überflüssig.

Die Broschüre, in der das steht, stammt von Friedrich Stampfer. (Heiterkeit bei den Kommunisten.)

Herr Severing kündigte heute an, ein Weißbuch herauszugeben für die Beratung des Gesetzes im Ausschuß. Das werden die Polizeiberichte sein, die ihm über die kommunistische Bewegung und wahrscheinlich auch über die Rechtsbewegung zugegangen sind. Wie die Polizeiberichte zustande kommen, ist bekannt.

Wegen der Kürze meiner Redezeit kann ich nur noch auf einige Sachen eingehen. Den Kaiserparagraphen^[42] hat Severing im Gesetz fallengelassen, während er ihn vorher als wichtigsten Bestandteil des Gesetzes bezeichnete. Die Volkspartei, die die Beherrscherin dieser Regierung ist und der Severing parieren muß, war über seine frühere Stellungnahme sehr unzufrieden. Damals konnte die Sozialdemokratie noch nicht kapitulieren; denn dann wäre der Sinn der Zustimmung zum Republikschutzgesetz noch offenkundiger geworden. Man brauchte den Kaiserparagraphen zur Täuschung der Massen. Aber jetzt hat die Volkspartei diktiert, und darum hat man jetzt den Kaiserparagraphen fallengelassen.

Auf die „Anständigkeit und Wahrheitsliebe“ von Herrn Stampfer kann ich leider nicht mehr eingehen. Er hat hier entgegen den in den Protokollen des Reichstages enthaltenen Tatsachen behauptet, die Kommunistische Partei habe positiv zum Republikschutzgesetz, also für das Gesetz, Stellung genommen. In der Erklärung der kommunistischen Reichtagsfraktion, die sie am Dienstag, dem 18. Juli 1922, im Reichstag zu dem Republikschutzgesetz abgab, heißt es:

„In demselben Augenblick, wo das gesamte deutsche Proletariat bereit war, den Kampf gegen die Reaktion entschlossen durchzuführen, erklärte sich die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands zum Eintritt in die bürgerliche Koalitionsregierung bereit ... Die sozialdemokratischen Parteien haben die gemeinsame Kampffront des Proletariats verlassen und zerrissen und sind jetzt bereit, für Gesetze zu stimmen, die sie selbst als arbeiterfeindlich erklären mußten.

Die Kommunistische Partei Deutschlands ist nach wie vor zum schärfsten und rücksichtslosesten Kampf gegen alle monarchistischen und antirepublikanischen Bestrebungen bereit und ent-

schlossen. Sie ist aber ebenso bereit und entschlossen zum rücksichtslosen Kampf gegen die Vergewaltigung der Arbeiterklasse mittels dieses Gesetzes, das angeblich dem Schutze der Republik dienen soll.

Die Kommunistische Partei lehnt daher aus allen diesen Gründen das Gesetz zum Schutze der Republik und auch die Mittel zu seiner Ausführung ab, weil sie bereits heute die Gewißheit erlangt hat, daß dies Gesetz und diese Mittel nicht gegen die Monarchisten, sondern gegen die kämpfende Arbeiterschaft angewandt werden.“

*„Verhandlungen des Reichstags,
IV. Wahlperiode 1928“, Bd. 425 und 426.*

Geschäftsordnung soll die Vertretung der Arbeiterinteressen abwürgen

*Aus der Rede im Reichstag
11. Dezember 1929*

Von den vorgeschlagenen Verschlechterungen der Geschäftsordnung ist die bedeutsamste die im § 91, wonach Abgeordnete bis zu 60 Sitzungstagen — das kann unter Umständen eine Zeit von 7 Monaten sein — an der Ausübung ihres durch die Verfassung gewährleisteten Rechtes behindert werden sollen. Der Anlaß, der zu diesem ungeheuerlichen Rechtsbruch führen soll, kennzeichnet, daß diese Maßnahme beabsichtigt ist als Ausnahmebestimmung gegen kommunistische Abgeordnete. Es ist gewissermaßen das kleine Ausnahmegesetz gegen die Kommunisten, während das große Ausnahmegesetz noch im Ausschuß beraten wird. Es soll im schnellsten Eiltempo durchgepeitscht und vor den Reichstag gebracht werden.

Daß beide Ausnahmegesetze gegen die Kommunisten Sozialdemokraten zu Verfassern haben, ist kein Zufall. Das kennzeichnet die veränderte Rolle, die heute die sozialdemokratischen Führer gegenüber der Vorkriegszeit spielen. Damals Kämpfer gegen den kapitalistischen Staat — heute seine Beschützer, weil sie seine Nutznießer geworden sind.

Löbe und Severing versuchen, in jeder Hinsicht Bismarck zu kopieren, Severing mit dem Republikschutzgesetz, Löbe mit der Strangulierung der Opposition, mit Maßnahmen, die im alten Reichstag als Maulkorbgesetz bezeichnet und damals einstimmig abgelehnt wurden. Damals hatte das bürgerliche Parlament noch eine gewisse Kraft und suchte die bürgerliche Demokratie zu verkörpern; heute stehen beide, Parlament und Demokratie, mitten im Bankrott. Sie haben jedes Ansehen bei den Massen verloren. Es ist einfältig, das Schwinden des Ansehens des Parlaments etwa auf das Auftreten der Kommunisten im Parlament zurückzuführen. Die Ursache dieses Bankrotts des Parlaments liegt vielmehr darin, daß die Bourgeoisie selbst das Parlament

seines Heiligenscheins der bürgerlichen Demokratie entkleidet und es offen zur Börse für die Abwicklung geschäftlicher Beziehungen macht. Treffender kann das nicht gekennzeichnet werden als durch den Kuhhandel, der jetzt wegen der Steuersenkungen für den Besitz und der Steuerbelastungen für die werktätigen Massen geführt wird. Aber die Bourgeoisie will — das merkt man an allen Vorbereitungen — auch diese Börse für die geschäftlichen Abwicklungen nicht mehr haben, und offen wird die faschistische Diktatur vorbereitet.

Das spiegelt sich zunächst wider in der Vergewaltigung jeder Opposition. Die Kette der Verschlechterungen der Geschäftsordnung von der Einschränkung der Redezeit bis zum offenen Hinauswurf durch Polizeigewalt ist nur ein Beweis dafür. Die Opposition stört die Geschäftemacherei in diesem Hause, darum soll sie mundtot gemacht werden. Aber die Mehrheit dieses Hauses, die diese weiteren Strangulierungsbestimmungen beschließen wird, täuscht sich über die Kommunisten. Auch Severing mit seinem großen Ausnahmegesetz wird nicht erreichen, daß die Kommunisten etwa auf die Vertretung der Interessen der Arbeiterwähler in diesem Hause verzichten werden. Wir stimmen in der Durchsetzung unseres Willens mit dem überein, was in der alten Sozialdemokratie als Aufgabe der Sozialdemokraten im Parlament angesehen wurde.

Durch die vorgeschlagenen Bestimmungen über den Hinauswurf soll das noch übersteigert werden, was sich vor einer Woche in diesem Hause gegen die Kommunisten abgespielt hat. Severing legte ein Gesetz vor, das eine freche Provokation gegen die werktätigen Massen ist. (Händeklatschen bei den Kommunisten.)

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter Pieck, ich bitte, solche Ausdrücke zu unterlassen.“

Severing legte ein Gesetz vor, das ein Ausnahmegesetz schlimmster Art gegen die Arbeiterschaft ist und von ihm auch als ein Gesetz zur Niederschlagung von Arbeiterunruhen bezeichnet worden ist, also ein Schutzgesetz für die Bourgeoisie zur Ausplünderung und Knechtung der Massen.

Gegen dieses Gesetz hat die kommunistische Fraktion, als sein

Verfasser diese Stelle betrat, auf das schärfste protestiert. Und wenn Herr Präsident Löbe hier feierlich erklärt, daß das Recht der Opposition nicht beengt werden solle, so frage ich ihn: Welches soll der Sinn einer Opposition sein, wenn sie nicht einmal gegenüber einem solchen Gesetz scharfen Protest gegen den Minister einlegen kann? („Sehr gut!“ bei den Kommunisten.) Aber das soll eben nicht sein. Sie wollen das Gesetz zum Schutze der Republik „zur Befriedung des politischen Lebens“ haben, und zwar im Sinne der Bourgeoisie, die bei ihrer Profitmacherei durch die Arbeiterschaft nicht gestört werden will. Darum das Gesetz zur Niederschlagung der Arbeiterschaft.

Solche Oppositionsvorgänge haben sich sehr oft in jedem Parlament abgespielt. Ich verweise auf einen Vorgang in diesem Hause, als aus Anlaß einer Interpellation der Kommunisten wegen der Waffenlager auf dem Gute des damaligen deutsch-nationalen Innenministers von Keudell dieser Oberfaschist von Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam niedergeschrien wurde. Das hat man bei den Sozialdemokraten als richtig angesehen. Ich verweise ferner darauf, daß gegen die Abschaffung des 9.-November-Feiertages¹ Sozialdemokraten und Kommunisten gemeinsam im Sächsischen Landtag in heftiger Weise rebelliert haben. Das sind durchaus berechtigte Maßnahmen der Opposition, wobei keineswegs die Motive der Opposition immer die gleichen zu sein brauchen.

Severing mußte durch unseren Protest wiederholt abtreten. Erst als dem amtierenden Präsidenten, dem Volksparteiler Kardorff, aus den Reihen der Sozialdemokratie von Herrn Crispian zugerufen wurde: Scheren Sie sich weg von Ihrem Präsidentensitz, wenn Sie nicht vorgehen gegen die Kommunisten!, erst da hat Herr von Kardorff verstanden, daß er gegen uns vorgehen sollte. Es war der Sozialdemokrat Dittmann, der an seine Seite trat, um ihn scharfzumachen. Er bestreitet zwar, Namen genannt zu haben, aber jeder hat es aufgefaßt als eine Denunziation beim Präsidenten, damit er gegen Kommunisten vorgehe. Und was sich dann abgespielt hat, mußte einen Sturm der Empörung bei den Kommunisten auslösen. Denn der Präsident las unverständlich

¹ In Sachsen war bis 1929 der 9. November als Jahrestag der Novemberrevolution 1918 gesetzlicher Feiertag. *Die Red.*

eine Reihe von Namen vor, und in demselben Augenblick erklärte er: Ich schließe die Sitzung, weil die Abgeordneten noch nicht draußen sind. Das war eine Provokation vom Präsidentenstuhl gegenüber einer Fraktion — das war der Anlaß, warum sich die Fraktion hier ebenfalls mit aller Schärfe gegen diese Strangulierungsmaßnahmen gewandt hat.

Es wurden in dieser Sitzung — ich will nicht allzu breit darauf eingehen — 25 Kommunisten ausgeschlossen, in 14 Partien; fünfmal mußte die Sitzung unterbrochen werden. Wenn jetzt der Präsident Löbe hier einen Zuruf des Abgeordneten Koenen als Anlaß für diese Strangulierungsbestimmungen heranzieht, so weiß er, daß im Ältestenrat die Vertreter unserer Fraktion erklärt haben, daß es uns darauf ankommt, unseren Protest gegen Severing und gegen sein Gesetz zum Ausdruck zu bringen. Deshalb hätte man bei seiner scheinbaren Loyalität, die er so gern an den Tag legt, erwarten müssen, daß gerade er nicht auf diesen Zuruf von Koenen weiter eingegangen wäre.

Die Sozialdemokraten reden — solange sie in der Koalition sind — sehr viel von Wohlanständigkeit und sittlichem Betragen, um damit gegenüber der Bourgeoisie gesellschaftsfähig zu sein. Aber der Arbeiterschaft versprechen sie stets etwas anderes, als sie zu tun beabsichtigen. Die Sitte, gegenüber dem Proletariat wahrhaft zu sein und die Versprechen in die Tat umzusetzen, haben sie längst verlernt. Ich brauche auf Panzerkreuzer und andere Sachen nicht zu verweisen.

Wo sich die Sozialdemokratie in Opposition befindet, wendet sie auch Mittel an, die von Herrn Stampfer als verwerflich, als Lausejungenwerk, bezeichnet werden. Ich will nur ein Beispiel aus dem österreichischen Parlament anführen. Dort sind im Januar 1925 heftige Kämpfe mit den Christlich-Sozialen wegen der Verschlechterung der Mietergesetze geführt worden. Damals versuchten die Sozialdemokraten Österreichs, die infamen Angriffe auf die Mieter mit den schärfsten technischen Obstruktionsmitteln abzuwehren. Die „Wiener Arbeiterzeitung“, das sozialdemokratische Organ, schilderte am 10. Januar diese Vorgänge:

Nachdem die sozialdemokratische Fraktion diese Abwürgungsmethoden des christlich-sozialen Ausschußobmanns Weiß be-

merkte, stürzte sie sich geschlossen nach dem Tisch des Hauses, trommelte mit Fäusten auf den Tisch. Dieses Trommeln wurde begleitet mit den Rufen: Sie begehen eine Schurkerei! Sie sind geisteskrank! Sie gehören in die Gummizelle! Sie sind im letzten Stadium der Gehirnerweichung! Sie Piccolo des Verfassungsbruchs!

Wie wird Ihnen, Herr Stampfer, von wegen der Sittlichkeit?

Als diese Obstruktionsmethoden nicht ausreichten, da wurden Pfeifen, Trompeten und Klarinetten herangeholt und damit Lärm gemacht. Inzwischen wurde weiter frische Munition herangebracht: kleine Feuerwaffen, Kindertrompeten, ein Horn, Mundharmonika, ein Quietscher. Dem christlich-sozialen Seipel wurde zugerufen, daß er im Ursulinerinnen-Kloster kommandieren könne.

Und als das alles noch nicht ausgereicht hat, hat man immer wieder mit dieser technischen Obstruktion eingesetzt. Es würde meine Redezeit zu sehr in Anspruch nehmen, wenn ich alles das hier darlegen wollte. Ich möchte nur erwähnen, daß bei dieser Obstruktion Herr Leutner einen Angriff auf den Vorsitzenden gemacht und ihn mit Schlägen bedroht hat. Hier zeigt sich, was hinter der zur Schau getragenen Anständigkeit steckt.

Daß aber die deutsche Sozialdemokratie auch im eigenen Land nicht immer so „anständig“ war, wie sie es jetzt behauptet zu sein, das möchte ich an einem Vorgang aus dem Jahre 1912, der sich im Preußischen Abgeordnetenhaus abgespielt hat, darlegen. Dort wurde der Abgeordnete Borchardt durch den konservativen Präsidenten Freiherrn von Erffa aus dem Hause ausgeschlossen, weil er seiner Aufforderung, von der Tribüne wegzugehen, nicht Folge leistete. Ein verhältnismäßig harmloses Verhalten des Abgeordneten, der damals bereits mit dieser unerhörten Maßnahme bedacht wurde. Als Borchardt dieser Aufforderung nicht Folge leistete, ließ Herr Erffa einen Polizeileutnant kommen, der dann Borchardt und auch Herrn Leinert gewaltsam aus dem Saale schleppte. (Zuruf von den Sozialdemokraten.) Das ist bekannt. Aber was Ihnen nicht bekannt ist und was Ihnen wahrscheinlich unangenehm sein wird, das ist das,

was der „Vorwärts“ damals dazu geschrieben hat. Das möchte ich dem Hause doch nicht vorenthalten, um so mehr, als wir uns die damals angeführten Argumente durchaus zu eigen machen können. Der „Vorwärts“ schrieb:

Das Unglaubliche ist zur Tat geworden. Der Hausknechtparagraph ist im preußischen Junkerparlament an einem sozialdemokratischen Abgeordneten in Anwendung gebracht worden. Diese Tat wird dem preußischen Geldsackparlament nicht vergessen werden; denn tiefer hat es sich noch nie erniedrigt als durch die Billigung und Duldung eines Gewaltaktes, der sich nicht nur gegen einen Abgeordneten oder eine Partei, sondern gegen das Parlament und die Institution der Volksvertretung selbst richtete. Ein Parlament, das — wider das verfassungsmäßige Recht und entgegen den Bestimmungen des Strafgesetzbuches — so handelt . . . ein solches Parlament hat sich selbst zum Gespött der gesamten Öffentlichkeit gemacht. Die Bestimmungen des berüchtigten Hausknechtparagraphen, von denen am Donnerstag mittag Gebrauch gemacht wurde, sind gesetzwidrig, diesen Standpunkt hat die Reichsregierung im Jahre 1879 selbst anerkannt, indem sie erklärte, daß die Ausweisung eines Abgeordneten aus dem Hause nicht auf Grund der Geschäftsordnung, sondern nur auf Grund der Verfassung beschlossen werden kann.

In dem Artikel wird weiter erklärt, wie 1910 selbst die Freisinnigen die Auffassung vertreten haben, daß es unzulässig sei, einen Abgeordneten an der Ausübung seiner parlamentarischen Tätigkeit zu hindern. Und es heißt dann weiter:

Aber wann hätte sich jemals eine reaktionäre Mehrheit um die Spinnfäden der Gesetzlichkeit gekümmert, wenn es ihr beliebte, ihre Willkür durchzusetzen? Das Recht ist dann eine wächserne Nase, die gefällige Interpreten schon so zu kneten wissen, wie es den Vergewaltigungsgelüsten der Gewalthaber paßt.

Es heißt weiter:

Die ganze Szene wurde lediglich durch den Präsidenten hervorgerufen, und als Genosse Borchardt für sich das gleiche Recht in Anspruch nahm — vor der Tribüne zu stehen —, da folgte jäh

der Achtungsstrahl des Ausschlusses aus der Sitzung und, da Borchardt sich der gesetzwidrigen Ausweisung selbstverständlich nicht fügte, die gewaltsame Entfernung.

Und dann hielt der „Vorwärts“ dem Freisinn eine Predigt, weil der Freisinn bei der nachmaligen Abstimmung über diesen Gewaltakt dafür gestimmt hatte. Es heißt dort:

Wenn der Freisinn selbst unfähig war, in dieser doch so klaren Situation den richtigen Weg zu erkennen, so hatten wir uns seiner noch in letzter Stunde angenommen, indem wir ihm nachwiesen, daß er in der schreiendsten Form die elementarsten Prinzipien des Liberalismus mit Füßen träte . . . Besäße der Freisinn auch nur eine Spur wirklich demokratischen Sinnes, so war ihm seine Pflicht klar vorgeschrieben: nämlich gegen die Billigung des Hinauswurfs Borchardts zu stimmen.

Jetzt kommt etwas Interessantes:

Müßten diese volksparteilichen Kleinlichkeitskrämer und Sittenwächter nun einmal auch bei dieser Gelegenheit ihre bürgerlich guten Manieren im Gegensatz zu der ruppigen Proletengarde manifestieren, so hätten sie ihr Nein einfach durch einen offiziösen Erguß dahin motivieren können, daß ihnen das Prinzip gebiete, die Beschwerde Borchardts anzuerkennen, wenn ihnen auch ihr zartbesaitetes Gemüt und ihre „Kinderstube“ verbieten, die Unerzogenheit und Störrigkeit des Abgeordneten Borchardt zu entschuldigen. Aber der fortschrittlichen Volkspartei gingen die guten Manieren über alles.

Ich will auf die weitere Verlesung dieser Predigt verzichten. Wir stimmen mit den Anklagen und Rechtsdarlegungen, die damals gemacht wurden, absolut überein. Was hier durch die Geschäftsordnung und durch die Änderung des Diätengesetzes vorgenommen werden soll, ist ein glatter Verfassungsbruch. Aber was schert hier schon so ein bißchen Änderung der Verfassung? Ich möchte noch auf das hinweisen, was im Mai 1910, als der § 64 der Geschäftsordnung des Preußischen Abgeordnetenhauses eingefügt werden sollte, von dem Nationalliberalen Boisly dagegen gesagt worden ist. Er erklärte damals:

Wir Mitglieder des Hauses sind aber nicht auf Grund der Geschäftsordnung, sondern auf Grund der Verfassung und auf Grund des Willens unserer Wähler hier. Wir können uns nicht freiwillig der Geschäftsordnung unterwerfen, denn wir würden damit das Recht unserer Wähler verletzen.

Lang, lang ist's her! Sozialdemokraten, Freisinn und National-liberale, wie haben sie sich verändert!

Man kann nicht einmal sagen, daß sich der Klassenkampf etwa seit dieser Zeit abgeschwächt hat, sondern im Gegenteil, er wurde unerhört verschärft. Es ist doch auch eine Einfältigkeit, anzunehmen, daß dieser Klassenkampf, das revolutionäre Wollen der werktätigen Massen und die unerhörten Maßnahmen der Bourgeoisie gegen die werktätigen Massen, sich etwa durch die Zwirnsfäden einer von Löbe noch so klug ausgetüftelten Geschäftsordnung einfangen ließen. Herr Löbe, Sie haben auch einmal etwas vom Marxismus gewußt, und Sie wissen, daß die Revolution über die gefestigtsten Parlamente hinweggegangen ist. Die letzte und größte Revolution, die überhaupt erst die Gleichheit des Menschengeschlechts herbeiführen wird, wird auch vor solchen Maßnahmen nicht haltmachen, wie Sie sie hier durch die Strangulierung der Kommunisten vorhaben.

Es besteht auch kein Zweifel darüber, daß diese Bestimmungen mit dem von Ihnen beschlossenen Strafgesetzbuch in den §§ 105 und 106 in Widerspruch stehen. Danach soll jeder mit Zuchthaus nicht unter fünf Jahren bestraft werden, der einen Abgeordneten an der Ausübung seiner Pflicht hindert oder ihn gewaltsam aus dem Hause entfernen läßt. Wohin somit die gehören, die das vorige Mal hier 25 Kommunisten gewaltsam aus dem Hause gebracht haben, ist im Strafgesetzbuch ganz klar gesagt. Wenn sich also die Reichsanwaltschaft Beschäftigung verschaffen will, so ist wohl Gelegenheit genug dazu.

Ich will noch auf eins verweisen, was fast wie ein Witz anmutet. Als im Geschäftsausschuß — wie Herr Löbe angekündigt hatte — über Maßnahmen gegen die Kommunisten verhandelt wurde, war es der bayrische Volksparteiler Herr Rauch (München), der einen Antrag einbrachte, welcher folgendes besagte:

Wird die Ordnung derart gestört, daß die Fortführung der Verhandlung unmöglich erscheint, so kann der Präsident für die Dauer der Sitzung den Zustand des erhöhten Schutzes verkünden.

Das bedeutet nichts anderes als den kleinen Belagerungszustand im Parlament. Doch das ist ein etwas zu starker Tobak, eine Entheiligung der Demokratie; außerdem reichte er dem Herrn Löbe nicht aus. In dem Antrag Rauch war gesagt, wenn in einem solchen Zustande des erhöhten Schutzes ein Abgeordneter gegen die Ordnung des Hauses verstößt, dann kann ihn der Präsident auf ein Vierteljahr von den Sitzungen ausschließen. Ein Vierteljahr — das ist Herrn Löbe noch zuwenig. Deshalb beantragte er den Ausschluß eines solchen Abgeordneten auf 30 eventuell auf 60 Sitzungstage. Was das bei der Art der Tagung des Reichstages bedeutet, das kann sich jeder leicht selbst ausrechnen. Sieben Monate Ausschluß von der Parlamentsarbeit können dabei leicht herauskommen.

Nun haben Sie aber geglaubt, uns Kommunisten einen besonderen Schlag zu versetzen, indem Sie die Änderung des Diätengesetzes auf Entzug der Diäten und die Aberkennung der Fahrkarte vorschlagen. Glauben Sie vielleicht, daß wir uns durch die Entziehung der Diäten und der Fahrkarte in der Vertretung des Proletariats irgendwie beeinträchtigen lassen? („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Wissen Sie überhaupt, was Sie hier zu tun im Begriffe stehen? Sie stempeln die Fahrkarte und die Aufwandsentschädigung zu einem Geschenk für sogenannte Wohlständigkeit. Der Opposition soll dieses Geschenk entzogen werden. Nun, wenn Sie das Parlament im Ansehen der Massen noch weiter heruntersetzen wollen, bitte schön! Wir sind allerdings der Meinung, daß Ihre Absichten verfassungsändernd sind. Sie werden also genötigt sein, zwei Drittel der Mitglieder des Hauses für diese Knebelgesetzgebung aufzubringen. Wir glauben Ihnen ohne weiteres, daß Sie diese Mehrheit zusammenbringen und die Beschlüsse fassen werden. Aber ich erkläre Ihnen hier: Uns Kommunisten wird der Ausschluß mit dem Entzug der Diäten und der Freifahrkarte auch nicht im geringsten hindern, ebenso scharf wie bisher die Interessen des Proletariats zu vertreten, ebenso energisch wie heute vor acht Tagen gegen Mi-

nister vorzugehen. Wir Kommunisten bringen mit unserer Opposition und mit unserem Protest den Willen der werktätigen Massen zum Ausdruck. Würde Herr Severing den Mut finden, vor eine Arbeiterversammlung hinzutreten, ohne durch die Rollkommandos des Reichsbanners geschützt zu sein, die jeden Zwischenrufer mit Gummiknüppeln aus dem Saal prügeln, dann würde er ein aufrichtiges Urteil der werktätigen Massen über seine Tätigkeit im Interesse der Bourgeoisie erhalten.

Es ist klar, daß alle die angekündigten Maßnahmen politischen Beweggründen entspringen.

Die Verschärfung der sozialen Konflikte zwingt die Bourgeoisie zu Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterschaft. Die Änderung gegen früher besteht nur darin, daß die Bourgeoisie sich heute bezahlte Lakaien für diese Arbeit hält. Es ist wahrhaft beschämend für die Arbeiterklasse, daß diese Lakaien aus der Sozialdemokratie stammen. (Lebhafte Zustimmung bei den Kommunisten. — Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Die Änderungen der Geschäftsordnung haben den offenkundigen Zweck, uns Kommunisten mundtot zu machen. Wenn es so einfach wäre, dann würde man die Kommunisten am liebsten überhaupt aus den Parlamenten ausschließen. Herr Schöpflin hat das bereits einmal gefordert. Aber das gelingt Ihnen nur, wenn Sie das Wahlrecht ändern. Sie müssen also . . .

(Glocke des Präsidenten.)

Präsident Löbe, den Redner unterbrechend: „Herr Abgeordneter, ich darf Sie darauf aufmerksam machen, daß Ihre Redezeit bereits überschritten ist.“

— Ich komme gleich zum Schluß. — Sie müssen also Ihre Demokratie auch noch des letzten Fetzens entkleiden und dieses Gerippe den werktätigen Massen völlig nackt zeigen. Die bürgerliche Demokratie ist längst dahin, sie hat keine Kraft mehr in sich. Sie können diese Demokratie nicht mehr aufrechterhalten, Sie können sie nicht mehr brauchen, weil Sie eingesehen haben, daß Sie Ihre Geldschränke nur durch die faschistische Diktatur retten und Ihren Profit nur auf diese Weise steigern können. („Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.)

Aber wir Kommunisten, die wir die einzigen Vertreter der Arbeiter geworden sind, werden unsere historische Aufgabe erfüllen, nämlich das Proletariat fähig zu machen, das gleiche zu tun, was die russischen Arbeiter taten. Und wenn sich Herr Severing und Herr Löbe hier hinstellen und diese Gewaltakte gegen das Proletariat zu rechtfertigen versuchen mit Gewaltmaßnahmen der proletarischen Diktatur gegen die Konterrevolution, dann zeigen sie, wes Geistes Kind sie geworden sind. Dann zeigen sie, daß sie Marx und Engels, die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus, beschmutzen und daß ihnen die Gefälligkeit und der Händedruck eines Bourgeois lieber ist als das Bekenntnis zum Klassenkampf, zu den Lehren von Karl Marx und Friedrich Engels.

*„Verhandlungen des Reichstags,
IV. Wahlperiode 1928“, Bd. 426.*

Das Trustkapital diktiert – die Regierung pariert

*Zur Begründung der Anträge
Berliner Stadtverordnetenversammlung*

I

20. Dezember 1929

Als vor den Gemeindewahlen die Kommunistische Partei voraussagte, was sich nach den Wahlen in Berlin vollziehen werde, da waren es durchweg alle Parteien, die dagegen Stellung genommen und versucht haben, die Wählersmassen über diese Lage in Berlin hinwegzutäuschen. Vor allem war es die Sozialdemokratie, die sich ausdrücklich gegen die Feststellung der Kommunisten verwahrt hat, daß man mit der Erhöhung der Tarife nur bis nach den Wahlen warten wolle. Sie war es, die auf das entschiedenste eine solche Behauptung bestritt. Sie war es, die im „Vorwärts“ vom 1. Oktober 1929 folgendes schrieb:

Aus übelster Wahldemagogie heraus stellt das kommunistische Blatt, „Die Rote Fahne“, erneut die Behauptung auf, die Tarife der städtischen Verkehrsmittel würden alsbald nach der Stadtverordnetenwahl erhöht werden.

Als im Hinblick auf die Kommunalwahlen¹ zum ersten Male das Gerücht von einer angeblich geplanten Fahrpreiserhöhung von der gleichen Seite in die Öffentlichkeit gebracht wurde, hat die BVG ein sehr scharfes und klares Dementi herausgegeben. Auch heute denkt kein Mensch, weder bei der BVG noch im Verkehrsamt, an eine Fahrpreiserhöhung.

Das Dementi hat Herrn Reuter zum Verfasser.

¹ Die Kommunalwahlen vom 17. November 1929 in Berlin brachten für die Kommunistische Partei einen Zuwachs von 217 896 Stimmen gegenüber den Wahlen von 1925. Die KPD erhielt ein Viertel aller abgegebenen Stimmen und 56 von insgesamt 225 Mandaten. Wilhelm Pieck zog als Vertreter für die Berliner Bezirke Steglitz, Zehlendorf und Tempelhof zum ersten Male im Rathaus ein. *Die Red.*

Es gehört gewiß keine Prophetengabe dazu, die Entwicklung vorauszusagen. Die Politik, die hier in diesem Parlament von der Sozialdemokratie bis zu den Deutschnationalen getrieben wird, ist darauf eingestellt, an den Ausgaben für die Ärmsten zu sparen und die werktätigen Massen fortgesetzt mit neuen Lasten zu bedrücken. Sie haben in der Wahlagitation versucht, die Massen über diese Tatsachen und Absichten zu täuschen. Als von dieser Stelle aus ein Parteifreund von mir vor den Wahlen den Sozialdemokraten zurief, daß sie Betrüger der Massen sind, haben sie sich darüber sehr aufgeregt. Das ist ein politischer Vorwurf — also nicht persönlich, kriminell gemeint —, ein Vorwurf gegen die Politik, die von der Sozialdemokratie gegenüber den Massen betrieben wird. Wären die Massen überzeugt gewesen, daß eine solche finanzielle Schröpfung durchgeführt werden wird — wie sie jetzt vorgenommen wird —, dann wäre das Wahleresultat noch wesentlich mehr zugunsten der Kommunisten ausgefallen.

Als heute in einer Vorbesprechung der Bürgermeister von der Verhängung der Staatsaufsicht durch den Oberpräsidenten Kenntnis gab, meinte ein Parteiführer, es bliebe uns dann als Stadtverordnetenversammlung nichts weiter übrig, als nach Hause zu gehen. Das kann nur ein Vertreter einer bürgerlichen Partei sagen. Wir Kommunisten sind im Gegenteil der Meinung, daß wir auch von hier aus unter den werktätigen Massen den schärfsten Kampf gegen diese Maßnahme und gegen eine solche Ausplünderungs- und Aushungerungspolitik organisieren müssen, wie sie auch durch die Beschlüsse des Magistrats über die Tarifierhöhungen unterstützt wird. („Sehr gut!“ und „Sehr richtig!“ bei den Kommunisten.) Denn es ist ganz klar — das weiß auch der Magistrat —, was in dieser Zeit der Massenentlassungen und des Lohndruckes eine solche Verteuerung der wichtigsten Bedarfsmittel bedeutet, wie sie durch die Erhöhung der Werkstarife geschieht. Wenn die Kommunistische Partei den Antrag stellte, nicht die Tarife zu erhöhen, sondern im Gegenteil sie für die Kleinstabnehmer zu erniedrigen, dann trug sie mit diesem Antrag nur der Notlage der werktätigen Masse Rechnung. Statt dessen kommt der Magistrat und erhöht die Tarife.

Was sind nun die Ursachen dieser Erhöhung der Tarife? Man stellt es so hin, als ob die Finanzlage der Stadt Berlin die Erhö-